Nr. 181. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7071. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 6. August 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Eisenzölle im Zolltarif-Entwurf.

I.

Ausschlaggebend für die Zollveränderungen des kürzlich veröffentlichten Tarifentwurfs sind zwar, wie die enormen Zollerhöhungen auf landwirtschaftliche Produkte beweisen, die Wünsche des ostelbischen Junkertums gewesen, aber auch in seinen die Industriezölle behandelnden Teilen bietet der neue Tarif unerwartete Ueberraschungen. Die Herren Großindustriellen haben sich für ihre Erkenntnis, daß die Landwirtschaft erhöhten Schutzes bedarf, recht ansehnliche Gegenleistungen ausbedungen, und warum sollten sie auch nicht? Die Regierung wie die Großgrundbesitzer sind gerne zu Konzessionen bereit, falls sie dafür den Einfluß der industriellen Interessenverbände auf die kapitalistische Presse und gewisse Fraktionen des Reichstags einzutauschen vermögen.

So ist denn der neue Zolltarif mit einer langen Reihe Zollerhöhungen auf Industriewaren ausgestattet worden, die, wenn sie auch nicht in gleichem Maße die Lebenshaltung des Arbeiters belasten, wie die Agrarzölle, doch teils direkt durch Verteuerung der von den Arbeiterfamilien gebrauchten Industrie-Artikel, teils indirekt durch ihre Rückwirkung auf den allgemeinen Preisstand des Warenmarkts die unteren Volksschichten benachteiligen. Gebraucht auch der Arbeiter den größten Teil seines Lohneinkommens für Nahrungsmittel, so ist es ihm doch keineswegs gleichgültig, ob z. B. die Woll- und Baumwollwaren, die er konsumiert, oder seine Arbeitsgeräte im Preise steigen.

Dabei kommt noch ein zweites in Betracht. Die Vertreter des sogenannten „Schutzes der nationalen Arbeit" sind durchweg zugleich Anhänger der industriellen Kartellierung und gehören fast ausschließlich jenen Industriezweigen an, die längst konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt geworden sind. Es ist außerordentlich kennzeichnend für die gegenwärtige Schutzzollagitation, daß es nicht die Kreise der mittleren und kleineren Industrie sind, die Zollerhöhungen verlangen, nicht jene Kleinindustriellen, die teilweise wirklich um ihren Platz zu kämpfen haben, sondern jene Großfabrikanten, wie z. B. die rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustriellen, Spinnereibesitzer ꝛc., die ihre Betriebe von Jahr zu Jahr ausgedehnt haben und heute den inländischen Markt nahezu unumschränkt beherrschen. Ihre Absicht ist, unter dem Zollschutz die gleichartigen Betriebe zu kartellieren, das heißt zu Kartellen, Ringen, Syndikaten zu vereinigen und durch diese die Warenpreise auf dem Inlandsmarkt in die Höhe zu treiben, um dadurch die Möglichkeit zu gewinnen, auf Kosten der deutschen Verbraucher die fremde Konkurrenz auf den Auslandsmärkten unterbieten zu können. Die einheimischen Konsumenten sollen ihnen nicht nur das Exportrisiko abnehmen, sie sollen ihnen auch einen Kampffonds liefern zur Niederzwingung der ausländischen Industrien auf deren eigenem Markt.

Eine Unterstützung der Bestrebungen dieser Schutzzollpolitiker heißt demnach nicht nur Preissteigerung der deutschen Fabrikate auf dem Inlandsmarkt; sie bedeutet zugleich eine Stärkung der Syndikate und Kartelle, deren Nützlichkeit die Kohlenkrisis im vorigen Jahre grell beleuchtet hat; sie bedeutet eine Erweiterung der Machtmittel dieser jeder Selbständigkeitsregung der Arbeiterklasse feindlichen Verbände, insbesondere ihres Mittelpunktes, des „Centralverbandes deutscher Industrieller", dessen korrumpierender Einfluß auf Regierung und Presse ohnehin in den letzten Jahren stetig gewachsen ist.

Handelte es sich thatsächlich nur darum, wie die im Solde der hochschutzzöllnerischen Interessentenkliquen stehende Presse dem Publikum vorschwindeln muß, den einheimischen Markt der deutschen Industrie zu erobern und zu sichern, so wären die Schutzzollbestrebungen der Eisen- und Stahlindustriellen ganz unverständlich, denn diesen Markt besitzt die deutsche Eisenindustrie heute schon, und zwar in weit vollerem Maße, wie im Jahre 1892/93, als sie durch den Mund des Freiherrn v. Stumm erklären ließ, sie sei längst über den einheimischen Markt hinausgewachsen, bedürfe der fremden Absatzmärkte und trete deshalb für die Handelsverträge, d. h. für die Reduktion des Weizen- und Roggenzolles auf 3,50 M. pro Doppelcentner ein.

Die deutsche Eisenindustrie ist unter Zollverhältnissen erstarkt, die weit ungünstiger für sie lagen, als die heutigen. Im Jahre 1868 wurde im Zollverein der Zoll für Roheisen auf 1 M. pro Doppelcentner, 1870 auf 50 Pf. herabgesetzt, während gleichzeitig der Zoll für Stabeisen auf 3,50—5 M. ermäßigt wurde. 1873 wurde der Zoll auf Roheisen ganz aufgehoben und der Zoll für Stabeisen, Eisenbleche, grobe Gußwaren auf 2 M. reduziert; 1877 fiel auch dieser Zweimark-Zoll, nur der Zoll auf feine Eisenwaren bestand noch fort. Trotz dieser Zollermäßigungen und der englischen Konkurrenz nahm die deutsche Eisenproduktion von Jahr zu Jahr zu; 1874 lieferte sie über 90 Proz. mehr Roheisen als 1865.

Im Jahr 1879 wurde dann der Zoll für Roheisen wieder auf 1 M., für Stabeisen und ganz grobe Gußwaren auf 2,50 M., für Eisenbleche auf 3—5 M. festgesetzt. Unter diesen Zollsätzen hat sich nach und nach die Eisenindustrie zur bedeutendsten deutschen Exportindustrie entwickelt, und jetzt, nachdem sie auf einem auswärtigen Absatzmarkt nach dem andren festen Fuß gefaßt hat, soll sie plötzlich nicht mehr fähig sein, ohne erhöhten Schutzzoll den einheimischen Markt zu behaupten? Eine starke Zumutung an die Leichtgläubigkeit des Publikums.

Und es sind recht ansehnliche Mehrforderungen, welche, wie die nachfolgende Tabelle zeigt, die Herren der Eisen- und Stahlbranche stellen; übermäßige Bescheidenheit ist nicht ihre Zierde.

Eisenzölle.

Jetziger Zollsatz	Pf. Doppelcentner	Zollsatz des neuen Entwurfs	Pf. Doppelcentner
	Mark		Mark
Roheisen	1,00	Roheisen	1,00
Schmiedbares Eisen in Stäben	2,50	Schmiedbares Eisen in Stäben:	
		1. in Stäben nicht über 12 cm lang, zum Umschmelzen	1,50
Für Stäbe nicht über 12 cm lang zum Umschmelz. } Vertragszoll	1,50	2. Stabeisen je nach Gewicht der Stäbe	2,50—3
		3. Stabeisen mit eingewalztem Muster oder Verzierung	5,00
Platten und Bleche aus schmiedbarem Eisen:		Platten und Bleche aus schmiedbarem Eisen:	
1. roh	3,00	1. roh, je nach Stärke	3,00—5
2. poliert	5,00	2. poliert, „ „	5,00—6
		3. Wellblech u. Riffelblech, roh	5,00
		4. Wellblech u. Riffelblech, bearbeitet	8,00
		5. Blech, gepreßt, gelocht, gebuckelt, je nach Stärke	5,50—7
		6. Weißblech	5,00—6
Eisenbahnschienen, -Schwellen, -Laschen	2,50	Eisenbahnschienen, -Schwellen, -Laschen	2,50
Für Rohschienen, Rohluppen, Vertragszoll	1,50	Rohschienen u. Rohluppen	1,50
Eisenbahnachsen, -Räder, -Radeisen ꝛc.	3,00	Eisenbahnachsen, -Räder, -Radeisen	3,00
Vertragszoll	2,50		
Draht	3,00	Draht, je nach Stärke und Bearbeitung	3,00—6
Röhren, Guß, roh und bearbeitet	2,50	Röhren, Guß, 1. roh	3,00
		2. bearbeitet	4,50
Röhren, gewalzt, gezogen, aus schmiedbarem Eisen	5,00	Röhren, gewalzt, gezogen, aus schmiedbarem Eisen, 1. roh	6,00—10
		2. bearbeitet	12,00—20
		3. Schlangenröhren, roh	8,00
		4. Schlangenröhren, bearbeitet	15,00
Eisenbauteile	3,00	Eisenbauteile	6,00
Anker, Ambosse, Schmiedehämmer	3,00	Anker, Ambosse, Schmiedehämmer	5,00
Spaten, Schaufeln, Heugabeln, Sensen, Sicheln, Strohmesser ꝛc.	10,00	Spaten, Schaufeln, Heugabeln, Sensen, Sicheln, Strohmesser ꝛc.	6,00—15
Sägen, Sägeblätter ꝛc.	15,00	Sägen, Sägeblätter	15,00—20
Feilen und Raspeln	15,00	Feilen und Raspeln	10,00—40
Bohrer, Stemmeisen, Hobeleisen, Schafscheren, Beitel, Maschinenmesser	15,00	Bohrer, Stemmeisen, Hobeleisen, Schafscheren, Beitel, Maschinenmesser	20,00
Spiralbohrer, Fräser, Meßwerkzeuge	15,00	Spiralbohrer, Fraiser, Meßwerkzeuge	40,00
Hämmer, Aexte, Beile, Hacken ꝛc.	10,00	Hämmer, Aexte, Beile, Hacken	15,00
Ketten	3,00	Ketten, je nach Art	6,00—15
Drahtseile	3,00	Drahtseile	15,00
Drahtstifte	10,00	Drahtstifte	10,00
Schlittschuhe, Schlösser, Schlüssel	10,00	Schlittschuhe, Schlösser, Schlüssel	15,00—20
Feine Schneidewaren, als Messer, Scheren ꝛc.	24,00	Feine Schmiedewaren: 1. roh, und Eisen	15,00
		2. bearbeitet	24,00
Nähnadeln ꝛc.	60,00	Nähnadeln, gewöhnliche	60,00
		f. Nähmaschin.	200,00
Schreibfedern	60,00	Schreibfedern	80,00

Schon ein flüchtiger Vergleich der Positionen des bisherigen Tarifs mit denen des neuen Entwurfs lehrt, daß durchweg die Zölle auf Eisenwaren beträchtlich erhöht sind. Die Eisenindustriellen haben sich dafür, daß sie ihre Vertreter im wirtschaftlichen Ausschuß für hohe Getreide- und Fleischzölle sowie für die Festlegung der ersteren durch Minimalsätze stimmen ließen, recht fette Gegenkonzessionen gesichert. Was das Fordern anbelangt, giebt eben das Schlotjunkertum dem Krautjunkertum durchaus nichts nach. Der Zollsatz von 1 M. pro Doppelcentner für Roheisen ist geblieben, aber schon der Zoll für Stabeisen ist wesentlich erhöht und noch mehr für Eisenbleche. Während der geltende Zolltarif für rohe Bleche ohne Unterschied pro Doppelcentner 3 M., für polierte Bleche 5 M. fordert, ist im neuen Entwurf der Satz von 3 M. nur für ganz rohe über 1 Millimeter dicke Bleche beibehalten worden, für die feineren Sorten steigt der Zollsatz bis auf 8 M. Noch beträchtlicher ist die Zollerhöhung auf Eisenröhren; für bessere gußeiserne Ware ist der Zollsatz fast verdoppelt, für gewalzte oder gezogene Röhren aus Schmiedeeisen mit einer Wandstärke bis höchstens 2 Millimeter vervierfacht. Auch für Eisenbauteile, speciell Eisenteile für Brückenbauten, ist eine Verdoppelung des bisherigen Zollsatzes vorgesehen. Eine Zollsteigerung, die besonders die Tischler und Zimmerleute trifft, ist die enorme Erhöhung der Sätze auf eiserne bezw. stählerne Arbeitsgeräte. Sägen, Feilen, Raspeln, Hämmer, Aexte, Bohrer, Stemmeisen, Beitel, Hobeleisen ꝛc. sind sämtlich mit ansehnlicher Hinaufschraubung der bis jetzt geltenden Zollsätze bedacht; in einigen Fällen ist beinahe eine Verdreifachung geplant. Wir wollen in einem zweiten Artikel prüfen, ob irgend welche Gründe für diese Erhöhungen mit Fug geltend gemacht werden können.

Der Wuchertarif.

Der „Königsberger Hartungschen Zeitung" ist aus Petersburg die Mitteilung zugegangen, daß die russische Regierung entschlossen sei, **als Erwiderung auf die deutschen Agrarzölle die Grenze für Preußengänger zu sperren.**

Viele Agrarier erblicken im Arbeitermangel eine größere Schwierigkeit als in den „niedrigen Kornpreisen". Alle nationalistischen Bemühungen der preußischen Regierung mußten weichen vor dem eifrigen Verlangen der östlichen Grundbesitzer nach der billigen Arbeitskraft der polnischen und russischen Arbeiter. Führt die russische Regierung die jetzt angedrohte Sperre, die schon längst von den russischen Grundbesitzern gefordert wurde, als Entgelt für die Erschwerung seiner Getreide-Ausfuhr nach Deutschland wirklich durch, so werden die Agrarier die ersten sein, die unter der agrarischen Zollpolitik schmerzvoll aufschreien.

Die agrarische Habgier und die ihr willfährige Regierungsunvernunft haben dahin geführt, daß die deutsche Bevölkerung an feindlichen Handlungen des Auslands sich erfreuen muß.

*

Notleidende.

Das Junkertum schreit von seiner Not und verlangt Bewucherung des ganzen Volkes, auf daß es seine „standesgemäße" Lebensweise festhalten könne.

Wo wirkliche, grausame Not herrscht, das zeigt ein Situationsbericht, den ein Dresdener Armenpfleger einem bürgerlichen Blatt, den „Dresdener Neuesten Nachrichten", zur Verfügung gestellt hat. Es heißt dort:

„Nach vollkommen glaubwürdigen Angaben zu schließen, dürfte der kommende Winter den Gemeinden außerordentlich hohe Aufgaben bezüglich der Armenpflege zuweisen. Noch nie, seit vielen Jahren, haben die Gemeinden, fast ohne Ausnahme, und insbesondere Dresden und seine Vororte, so viele Armenunterstützungen zu erledigen gehabt, als das jetzt der Fall ist. Die Leute drängen sich förmlich nach den Armenämtern, und was — aus der Praxis eines Armenpflegers entnommen — **für sonst gutsituierte Leute jetzt der Armenunterstützung teilhaftig werden müssen, sollte man nicht für möglich halten.** Unzählige Gesuche laufen ein, in welchen um Erlaß der Steuern, des Schulgeldes usw. gebeten wird, und Vorschüsse aus den Armenkassen werden erbeten, damit nur für ein oder zwei Monate die Miete wieder bezahlt werden kann, denn sonst werden die Leute aus der Wohnung gewiesen. Arme Wöchnerinnen bitten um den leihweisen Betrag der Hebammengebühr, wieder andre Bittsteller ersuchen das Armenamt um Geld, damit die vor dem Verfall stehenden Betten, Kleider usw. auf dem Leihhause prolongiert oder dort eingelöst werden können. Keine Arbeit — kein Verdienst, Krankheit, Schulden usw. usw., das sind die Lamentationen, die das Armenamt oder die Armenpfleger täglich, ja stündlich zu hören bekommen. In den Wohnungen der Bittsteller fehlt es zumeist am Notwendigsten, oder aber auch: an den guten Möbelstücken klebt das Pfändungszeichen. Und was bekommt der Armenpfleger in diesen Wohnungen zu sehen! Es giebt Straßen, zumal in den Vororten, die sich durch ihre schönen eleganten Häuserfronten auszeichnen, aber was für bitteres Elend verbirgt sich hinter dieser äußeren Eleganz. Da ist jetzt der Armenpfleger in eine Familie gekommen, in der das Oberhaupt seit einem halben Jahre daniederliegt. Der Mann hat bei Wasserregulierungsarbeiten Verdienst gehabt, er hat sich aber in dem Wasser erkältet, die Lungenentzündung bekommen, und nun sieht er dem Tode entgegen. In der großen schönen Stube der Wohnung in erster Etage steht ein Tisch, ein Stuhl und ein großes Bett. In diesem liegt der kranke Mann, und auf die Frage des Armenpflegers, wo die fünf kleinen Kinder, und die Mutter schlafen, giebt es eine schüchterne, ausweichende Antwort: Die siebenköpfige Familie in erster Etage hat nur ein Bett, und nachts schlafen drei Kinder mit bei dem lungenkranken Vater, die andren liegen auf zurechtgemachtem Lager auf der Diele. Für diese Familie wurde sofort und ausreichend gesorgt. In einer andren Familie, die nur zwei Betten zur Verfügung hatte und die aus falscher Scham sich nicht an das Armenamt um Unterstützung gewendet hatte, lagen von 6 Kindern deren 4 an Keuchhusten und Lungenentzündung danieder, die Familie hatte nur zwei Betten, und Vater und Mutter, Arbeitsleute, saßen des Nachts auf Stühlen und pflegten die Kinder, beide selbst krank vor Abspannung. Auch hier wurde sofort helfend eingegriffen. Und so giebt's der Fälle unzählige, und immer schlimmer wird es, denn jetzt suchen auch bereits Leute, wie Kaufleute, Agenten, kleine Händler usw. darum nach, ihnen das Schulgeld und die Steuern zu erlassen, denn sie verdienen nichts, obwohl die Männer von früh bis abends nach Arbeit Umschau halten. Die Steuererlaßgesuche

zählen nach Hunderten, nur dieser Gesuche wegen laufen die Armenpfleger treppauf und treppab. Während der eine Bittsteller verlegen — weil er's das erste Mal thut — um Unterstützung aus der Armenkasse nachsucht, tritt ein andrer schon kecker auf; er sagt dem Armenpfleger: „Ich verdiene nichts — darum zahle ich nichts, geben Sie mir Arbeit, andernfalls nehmen Sie mich mit Frau und Kind ins Armenhaus!" Es ist die Verzweiflung, die aus dem Manne spricht, ihm ist eben alles gleich. Das ist ein Bild, wie es thatsächlich sich täglich entrollt. Wenn es so fortgeht, wie in den letzten Wochen, dann dürften den Gemeinden schwere Lasten erwachsen, die Armenunterstützungen häufen sich, wie es noch nie der Fall war, eine Arbeitslosigkeit und eine Zahlungsunfähigkeit machen sich bemerkbar, die ernste Schlüsse ziehen lassen, ohne daß man dabei übertreibt. Hunderte von Familien sehen dem Winter mit Bangen entgegen, und wie viel brave, arbeitsame Leute unverschuldet leiden müssen, weil sie nirgends etwas verdienen können, davon können die Armenpfleger ein Wort erzählen."

Und dieser furchtbaren Armut soll der letzte Hungerbrocken betuchert werden zu Gunsten der Großgrundbesitzer, die im Reichtum schamlos von Not deklamieren, weil der Herr Baron in früheren Zeiten vielleicht 30 000 M. Jahreseinkommen hatte und jetzt bei 25 000 M. „Not leider". —

Brotwucher-Politik und Landtagswahlen.

Aus Baden wird uns geschrieben: Obwohl die Entscheidung in der Frage der Gestaltung des neuen Zolltarifs nicht der Kompetenz der Landesparlamente untersteht, befürchtet die badische Regierung allem Anschein nach doch einen für sie nachteiligen Einfluß der neuesten Zollpolitik des Reichs auf das Resultat der bevorstehenden Landtagswahlen. Und diese Befürchtungen sind gewiß nicht unbegründet; denn es liegt in der Natur der Sache, daß die Unzufriedenheit des Volks mit den allgemeinen Zuständen im Reiche und mit dem von dessen Leitern gesteuerten Kurse bei allen Wahlentscheidungen nicht nur politischer, sondern selbst kommunaler Natur zum Ausdruck kommt und dabei die Reihen der entschieden oppositionellen Parteien verstärkt. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es wohl verständlich, wenn die badische Regierung sich jetzt bemüht, die allgemeine Entrüstung der großen Mehrheit des badischen Volks über die drohende ungeheuerliche Verteuerung seiner unentbehrlichsten Lebensmittel, so weit als dies möglich, zu beschwichtigen, um den zollgegnerischen Parteien, insbesondere der Socialdemokratie, die Position im beginnenden Landtagswahlkampf nicht allzu sehr zu verstärken. Wird doch zwischen dieser und den Anhängern der Regierung gerade in den wichtigsten Industriestädten des Landes, in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Lörrach, deren Bevölkerung durch die Zollerhöhungen zu 9/10 schwer geschädigt würde, der Entscheidungskampf ausgefochten.

Erst dieser Tage noch hat die Pforzheimer Handelskammer in einer eingehenden Besprechung des neuen Zolltarifentwurfs ausdrücklich festgestellt, daß nach ihrer Ansicht der Entwurf in seiner jetzigen Fassung geeignet erscheint, den Abschluß günstiger, für die Pforzheimer Industrie unentbehrlicher Handelsverträge in Frage zu stellen. Sie spricht sich deshalb nach wie vor gegen jede Zollerhöhung sowie gegen die beim Getreide beabsichtigte Einführung eines Doppeltarifes mit Maximal- und Minimalsätzen aus und beschloß zwecks Herbeiführung einer gemeinsamen Stellungnahme seitens sämtlicher badischer Handelskammern zu dieser Angelegenheit, die Einberufung eines badischen Handelstages beim Vorort desselben, der Handelskammer Mannheim, zu beantragen.

Unter dem Eindruck dieser sich von Tag zu Tage mehr häufenden Kundgebungen der Bevölkerung gegen die Zollpolitik des Reichs sieht sich die badische Regierung zu einem offiziösen Abwiegelungsversuch in der „Karlsruher Zeitung" veranlaßt, der auf einen wenig zuversichtlichen Ton gestimmt ist und die erregte Oeffentlichkeit durch die Redensart einzuschläfern versucht, daß ja die jetzt publizierten Tarifsätze nur „unverbindliche Vorschläge" bedeuten. Was an der badischen Socialdemokratie liegt, so wird diese nicht verfehlen, die Beschwichtigungsbestrebungen der Regierung ins richtige Licht zu rücken und den Kampf gegen den Brotwucher mit unverminderter Energie weiter zu führen. Das Ergebnis der Landtagswahlen wird den maßgebenden Kreisen in Karlsruhe wie in Berlin keinen Zweifel darüber lassen, wie das werkthätige Volk ihr willfähriges Entgegenkommen gegenüber den unverschämten Forderungen des Agrariertums beurteilt.

Die Landtagswahlen scheinen diesmal übrigens mit besonderer Beschleunigung vollzogen werden zu sollen. Wie das Ministerium auf Grund einer landesherrlichen Verfügung soeben bestimmt hat, sind die Vorarbeiten für die Wahlen alsbald zu beginnen und die Wählerlisten vom 20. August an aufzulegen. Vor zwei Jahren geschah letzteres erst am 26. September, also volle fünf Wochen später. Es kann deshalb angenommen werden, daß die zweite Kammer nicht erst, wie bisher, im November, sondern bereits im Oktober einberufen werden wird. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. August.

Reichsdefizit.

Der jetzt vorliegende Endabschluß der Reichshauptkasse bestätigt nur so sehr die seit Halbjahrsfrist hervorgetretene Thatsache einer immer zunehmenden Reichsfinanzklemme. Die Offiziösen müssen sich entschließen, den Jammer der Reichsfinanzen, der die Folge der unseligen allgemeinen Politik des Reichs ist, aufzudecken. Die „Berl. Pol. Nachr." schildern die Finanzsituation also:

„Nicht nur das finanzielle Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten hat sich in Wirklichkeit schlechter gestellt, als im Etat angenommen war, auch für die Reichskasse selbst hat sich ein **Fehlbetrag herausgestellt.**

Was zunächst den letzteren betrifft, so sind zwar bei den der Reichskasse verbleibenden Einnahmen verschiedentlich Mehrerträge zu verzeichnen gewesen, so bei der Zuckersteuer in Höhe von etwa 24½ Mill., bei dem Bankwesen von 11 Mill., bei den verschiedenen Verwaltungseinnahmen von 3¼ Mill. Mark, jedoch alle Mehreinnahmen sind durch die Mehrausgaben und Minderüberschüsse so verschlungen, daß sich noch ein Fehlbetrag von nahezu zwei Millionen ergeben mußte. Hauptsächlich kommt bei den Minderüberschüssen die Post- und Telegraphen-Verwaltung in Betracht, bei welcher der Ausfall rund 25½ Millionen Mark gegen den Etatsanschlag betragen hat, und die Reichs-Eisenbahnverwaltung mit rund 2 Millionen. Dazu kommt, daß die Minderausgaben bei den einzelnen Verwaltungen durch die Mehrausgaben um 9,2 Millionen überschritten wurden. Hier fällt hauptsächlich die Mehrausgabe der Marineverwaltung mit 5½ Millionen Mark ins Gewicht; auch der Zuschuß zur Invaliditäts- und Altersversicherung hat eine Million mehr erfordert, die Familienunterstützungen aus Anlaß von Friedensübungen ¼ Million usw.

Während so die Matrikularumlagen sich erhöhen, werden die Ueberweisungen, welche das Reich den Einzelstaaten zu zahlen hat, geringer sein, als im Etat vorgesehen. Zwar haben die Reichsstempelabgaben 11,7 Millionen gegen den Etat mehr erbracht, aber diese sind nach dem Gesetze vom 14. Juni 1900 zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zu verwenden. Es bleibt demnach nur das Mehr der Verbrauchsabgabe von Branntwein in Höhe von 1,2 Millionen übrig, dem aber ein Weniger bei dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuer in Höhe von 7,6 Millionen gegenübersteht. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten werden demnach **rund 6½ Millionen weniger** betragen, als im Etat vorgesehen.

Ein so ungünstiges Ergebnis hat der Finalabschluß der Reichshauptkasse schon seit Jahren nicht aufzuweisen gehabt."

Vor 1½ Jahren suchte die Regierung das neue kolossale Flottenprogramm annehmbarer zu machen durch die Eröffnung rosigster Finanzaussichten. Man schwamm in Wonne und man berechnete, wie der befruchtende Strom der Reichseinnahmen von Jahr zu Jahr höher schwellen und leicht die große Flotte tragen werde. Das Centrum spielte den Vorsichtigen; zuerst zeigte er sich erschreckt ob des ungeheueren Anwachsens der Ausgaben für Militarismus und Marinismus, dann überwand es den Marineschrecken durch Schaffung neuer Steuern, die seine Befürchtungen schwinden ließen und durch die, wie es sich rühmte, die Reichsfinanzen gesichert werden sollten.

Der Marinewahn führte zum Wahn der Weltpolitik und China, aus dem man ungeahnte Schätze einzuheimsen gedachte, warf die Reichsfinanzen in Verwirrung. Je mehr neue Steuern um so leerer die Reichskasse.

Das Jahr 1900 stand aber noch im Zeichen leidiger wirtschaftlicher Prosperität, das laufende Jahr des wirtschaftlichen Niederganges wird noch weit tiefere Ebbe in der Reichskasse zeigen; aber das verzehrende Unheil der unproduktiven Ausgaben für kulturfeindliche Zwecke frißt stets in gleicher, wenn nicht noch immer sich mehrender Gefräßigkeit weiter.

Nun sollen durch Zollerhöhungen die Reichseinnahmen verstärkt werden. Die Sünde verschwenderischer Weltpolitik soll durch die neue Sünde der Hochschutzzollpolitik übertüncht werden, die dem Reiche einige Zeit höhere Einnahmen bringen kann, aber bald Handel und Industrie lähmt und also zu immer schwierigeren Finanzverhältnissen treibt.

Eine gründliche Reichsfinanzreform wird immer dringlicher. Doch nicht eine Finanzreform nach Miquelschem Recept, die den Einzelstaaten jede Mitverantwortung für die Finanzwirtschaft im Reiche abnimmt und das Reich noch mehr als bisher schon auf die Ausbeutung der unbemittelten Klassen durch indirekte Steuern und Zölle weist. Eine Finanzreform thut Not, die endlich die Besitzenden Zahlung leisten läßt für die von ihnen gewollte und verübte militaristische und marinistische Politik. —

Die Kolonialarmee.

Als die Nachricht kam, daß in China, namentlich auch in Shanghai, erhebliche deutsche Besatzungen zurückbleiben sollten, bezeichneten wir dies sofort als eine eigenmächtige Bildung einer Kolonialarmee und eine Verfassungswidrigkeit, da neue Truppenformationen ohne Genehmigung des Reichstags nicht gebildet werden dürfen und auch die Chinavorlage die Auflösung des Expeditionscorps nach dem — vom Kaiser ausdrücklich anerkannten — Ende des Rachezuges verlangt, indem sie eine dauernde oder vorübergehende Besetzung chinesischer Plätze unzweideutig von der vorherigen Bewilligung durch den Reichstag abhängig macht.

Damals war es die „Freisinnige Zeitung", die uns eines Besseren zu belehren suchte, die, wie schon im Vorjahr, abermals den Ehrgeiz hatte, dem Grafen Bülow Rechtfertigungsmaterial für seine Verfassungswidrigkeiten in die Hände zu spielen.

Inzwischen berichten die „Berliner Neuesten Nachrichten", daß schon im Frühjahr innerhalb der Regierung beschlossen worden war, die ostasiatische Besatzungsbrigade ständig in China zurückzulassen, um sie als Stammtruppe für eine Deutsche Kolonialarmee dauernd zu behalten. So sei es auch erklärlich, warum die von Deutschland in China zurückgelassene Truppe in einer geradezu unerklärlich großen Stärke belassen worden ist. „Alles in allem haben wir es also mit einer verschleierten Heeresvermehrung zu thun, die, zunächst noch unter der Maske des Provisoriums erscheinend, über kurz oder lang in den Rahmen unsrer Wehrverhältnisse in Permanenz erklärt werden wird."

Unter Berufung auf eine Endlosigkeit der unsicheren chinesischen Verhältnisse wolle man dem Reichstag und die öffentliche Meinung allmählich und auf einem nahezu schmerzlosen Wege daran gewöhnen, recht erhebliche Beiträge für ständige Auslandstruppen auszugeben. Man denke an der entscheidendsten Stelle nicht daran, die einzelnen Truppenteile der ostasiatischen Brigade jemals wieder aufzulösen. „Man will eben eine verhältnismäßig starke und für den Ueberseedienst vollkommen ausgerüstete Expeditionstruppe jeder Zeit zur Hand haben, die von nun ab — ohne parlamentarische oder staatsrechtliche Weitläufigkeiten — des kaiserlichen Befehls gewärtig zu stehen hat. Auf dem Umwege der ostasiatischen Besatzungsbrigade wird dies um so leicher zu erreichen sein, je länger das Wort „Kolonialarmee" unausgesprochen bleibt."

Was das loyale Blatt hier andeutet, läßt sich ohne einen krassen Vertrauensbruch schlechterdings nicht durchführen. Jede militärische Neuformation bedarf der Bewilligung des Reichstags. Andrerseits würden die Chinasoldaten überhaupt nicht zur deutschen Armee gehören, sondern private Angestellte des Reichskanzlers oder dessen, der sie sonst wünscht, darstellen, die aus den privaten Mitteln des Interessenten bezahlt werden müssen und die kein Recht haben, im Namen des Reichs irgend etwas zu unternehmen. Diese militärischen Privatagenten hätten keine anderen Rechte und genössen keinen anderen Schutz als irgend ein in China befindlicher Angestellter einer Exportfirma.

Jetzt ist auch der „Freisinnigen Zeitung" das Verständnis für die Gefahr aufgegangen und sie redet drohend von einem neuen Konflikt zwischen Regierung und Reichstag. Ach, dieser Reichstag und ein Konflikt! Wenn Herr Bülow wieder mit rührender Liebenswürdigkeit das Zauberwort „Indemnität" aussprechen wird, dann wird all' die gewaltige „Opposition" wieder dankerfüllt über so viel Gnade zusammenknicken. Ja, der Graf Bülow braucht sich nicht einmal in solche verbalen Unkosten zu stürzen. Unsre Patrioten bewilligen auch schließlich alles, wenn der Kanzler ihnen nicht das schöne Wort Indemnität zugesteht! —

* * *

Deutsches Reich.

Kaiserin Friedrich, die Gattin des zweiten Kaisers, Tochter der Königin Victoria und Mutter Wilhelms II. ist auf Schloß Cronberg im Alter von 60 Jahren gestorben. Sie hatte an einer schweren inneren Krankheit gelitten.

Die Kaiserin Friedrich hatte den Ruf einer gescheiten, unterrichteten und ernsten Frau. Sie gehörte wie auch die Kaiserin Augusta zu den Frauen des Hofes, die Bismarck ingrimmig haßte, der über die höfische „Unterrockspolitik" die derbsten Aeußerungen im Munde zu führen pflegte. Sie war ihm lediglich die Engländerin, die liberale Engländerin, die zu Gladstone hielt und die demokratische „Volks-Zeitung" las! Von ihrem „englischen Dünkel" hat er seinen Vertrauten allerlei Anekdoten in die Feder diktiert. Wenn es wahr ist, daß die Verstorbene es verstanden hat, manche allerärgsten Brutalitäten Bismarcks zu mildern oder zu verhindern, so wäre das kein geringes Lob für ihren Charakter.

Kaiserin Friedrich hat ihren Mann um 13 Jahre überlebt. Dem Berliner Hof war sie seit dem Regierungsantritt des gegenwärtigen Kaisers fern geblieben. Nur in den ersten Jahren war sie ein paar Mal in Berlin und versuchte sogar einmal eine allerdings mißglückte politische Mission, damals als sie nach Paris fuhr, um französische Maler zur Beschickung der Berliner Kunstausstellung, Versöhnung suchend, einzuladen. —

Eine indirekte Bestätigung der Hunnenbriefe

hat niemand anders wie der Kriegsminister selbst geliefert. Der „Frankfurter Volksstimme" wird zu ihrem Hunnenbrief-Prozeß von einem militärischen Fachmann geschrieben:

„Ihr Hunnenbrief-Prozeß wächst sich ja sehr interessant aus. Der Staatsanwalt gab bekanntlich zu, daß es dem Kriegsminister nur darauf ankomme, den Briefschreiber zu eruieren. Daraus aber geht hervor, daß Herr v. Goßler eigentlich doch Zweifel haben muß, ob denn die Hunnenbriefe nicht am Ende doch der Wahrheit entsprechen.

Wäre nämlich der Kriegsminister fest überzeugt, daß die Hunnenbriefe und daher auch der von der „Volksstimme" mitgeteilte nur Prahlereien seien, dann würde es gar keinen Sinn haben, nach dem Urheber zu forschen, wie wir sofort zeigen wollen. Schreibt ein Soldat einen Hunnenbrief nach Hause, in dem er lediglich geflunkert hat, so kann er, und mag er auch noch so blutrünstig gelogen haben, nicht gerichtlich, sondern nur disciplinarisch bestraft werden. Nun verjähren aber, um den üblichen Ausdruck zu gebrauchen, Verfehlungen von Militärpersonen, welche nur disciplinär geahndet werden können, schon nach 3 Monaten, wie der § 44 der Disciplinarstrafordnung ausdrücklich bestimmt. Da aber seit der Absendung der Hunnenbriefe überhaupt und auch der von Ihnen veröffentlichten Epistel bedeutend mehr als 3 Monate vergangen sind, so kann jetzt ein Hunnenkrieger auch für den gräßlichsten Brief nicht mehr bestraft werden, vorausgesetzt, daß der Inhalt erdichtet war.

Hat also der Herr Kriegsminister wirklich die feste Ueberzeugung, daß die Hunnenbriefe nur Produkte der Phantasie sind, so ist wirklich nicht einzusehen, weshalb er immer noch nach den Schreibern fahndet. Er kann ihnen ja doch kein Haar krümmen."

Der Beweis ist zwingend!

Uebrigens — was denkt Herr v. Goßler über den Luzerner Commis B.? Kann er noch immer nicht seinen Namen nennen? —

Die „Post" redet ein kleines Geschimpf gegen den „Vorwärts" mit den Worten:

„Welche Ansicht muß der ehrliche „Vorwärts" von der Intelligenz seiner Leser und Anhänger haben, wenn er ihnen von einem Tage zum andern dergleichen zu bieten wagt!" Die „Post" glaubt einen Widerspruch zu entdecken zwischen den Ausführungen, die unser Mitarbeiter jüngst über Warenpreise und Gewinne der deutschen Exporteure machte, und unsren gestrigen redaktionellen Aeußerungen in der Notiz „durch Brotwucher zur Syndikatsherrschaft."

Unsre Kennzeichnung der wahren Gründe, welche die großindustriellen Hinter- und Geldmänner der „Post" zur Unterstützung der agrarischen Brotwucherpolitik treiben, hat, wie sich zeigt, allerdings die dürftige Intelligenz der Postredaktion weiter und so sehr beeinträchtigt, daß sie nicht mehr zureicht, um diese sehr einfachen Angelegenheiten der industriellen Konkurrenz zu begreifen.

Unser Mitarbeiter hatte sich gegen die Auffassung gewendet, daß die deutschen Export-Industriellen, weil sie mit Verlust exportieren, im Inland Entschädigung nachsuchen müssen durch Erhöhung ihrer Warenpreise. Wir aber haben dieser, von unsrem Mitarbeiter mit Recht bekämpften Auffassung in keiner Weise beigepflichtet. Wir haben lediglich die bekannte und unbestreitbare Thatsache behauptet, daß die deutsche Exportindustrie vielfach im Auslande billiger verkauft als im eignen „Vaterlande". Deutscher Zucker, deutscher Spiritus, deutsche Eisenwaren 2c. werden in Amerika und England billiger verkauft als in Deutschland selbst. Unser Mitarbeiter war weit entfernt, diese Thatsache zu bestreiten. Er hat aber bestritten und mit Recht bestritten, daß der billigere Verkauf im Auslande zugleich ein Verkauf unter Verlust ist. Wenn die Großindustrie durch Errichtung von Schutzzöllen und Syndikatsdiktatur den deutschen Konsumenten schmählich überteuert, so bedeuten ihre niedrigeren Auslandspreise natürlich längst nicht Gewinnlosigkeit. Die „Post" dürfte noch so viel Intelligenz in Vorrat haben, um einzusehen, daß die Großindustrie nicht dauernde Geschäfte betreibt, die ihr nichts einbringen. —

Zur Verhökerung des Zolltarifs versucht die Londoner „Finanzchronik" allerlei edle Betrachtungen, die wie ein Dementi wirken sollen. Interessant ist nur das eine, daß das Blatt behauptet, „daß wir deutschen Blättern und namentlich solchen, die jetzt in sittlicher Entrüstung sich drapieren, jeden Anteil an unsrer Kenntnis, wie dringend er auch erbeten wurde, wiederholt verweigerten. Auch englischen Zeitungen, die sich auf Grund von Berliner Informationen an uns wandten, ist eine höfliche aber entschiedene Ablehnung geworden".

Welche Blätter mögen das wohl gewesen sein"? —

Die preußischen Fabrikinspektoren-Berichte sind vergriffen, heißt es in den Sortiments-Buchhandlungen. Und der Verlag bestätigt es. — Es wäre doch interessant, etwas über die Auflage der Berichte zu erfahren. Böse Leute meinen, daß die Zahl der Käufer nicht stark steige, daß aber die Auflage der Berichte sehr stark vermindert werde. Hält man denn schon die offizielle sociale Thatsachenfeststellung für staatsgefährlich? —

Eine anerkennenswerte freiheitliche Auffassung des Vereinsrechtes bekundete das Schöffengericht in Crefeld. Die dortigen Bäckermeister hatten eine Versammlung veranstaltet, in der sie gegen die von christlicher Seite ausgegangenen Organisationsbestrebungen ihrer Gehilfen zu Felde zogen. In ihrer Unbeholfenheit hatten die biederen Bäckermeister die Versammlung nicht polizeilich gemeldet. Die Polizei hätte sie ja vor den üblen Folgen dieser Nachlässigkeit bewahren können, indem sie, wie sie das bei Arbeiterversammlungen zu thun pflegt, die nichtgemeldete Versammlung von vornherein verhinderte. Indessen wollte sie wohl den Herren Meistern einen fühlbaren Denkzettel anhängen. Sie ließ die Versammlung ruhig tagen und nachträglich erhielten drei der Bäckermeister, die in der Versammlung als Leiter und Redner aufgetreten waren, eine Anklage wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten jedoch frei und begründete dies mit folgendem trefflichen Satze:

Eine Versammlung, an der nur Angehörige desselben Gewerbes teilnehmen, bedarf keiner polizeilichen Anmeldung, auch wenn in derselben öffentliche Angelegenheiten erörtert werden.

Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter und sagen, keine Versammlung bedarf einer polizeilichen Anmeldung; sie kann ihre Angelegenheiten stets ohne Hilfe der Polizei erledigen. So weit also die Bedürfnisse der Versammlung und der Staatsbürger überhaupt in Frage kommen, geben wir dem Crefelder Schöffengericht durchaus recht; leider schreibt aber das gegenwärtige preußische Vereinsgesetz die Anmeldung von Versammlungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, auf alle Fälle vor, auch wenn nur Bäckermeister daran teilnehmen. Das brav gesinnte Schöffengericht wird sich also wohl eine Korrektur seiner modernen Rechtsauffassung durch die Strafkammer gefallen lassen müssen. —

Hochverräterische Liebesbriefe. In der Redaktion der „Gazeta Torunska" fand am 1. Juli eine Haussuchung nach dem Manuskript eines staatsgefährlichen Artikels statt. Die polizeiliche Staubreinigung verschollener Papiere hatte den üblichen Erfolg: es wurde nichts gefunden. Dagegen machte man eine wichtige Entdeckung: ein Geheimfach in dem Schreibtisch des Chefredacteurs wurde entdeckt. Da der Redacteur abwesend war, ging man mit Hilfe eines Schlossers an die Arbeit des Schloßsprengens. Als das Geheimfach geöffnet war, sah man sich im glücklichen Besitz einer mit verdächtigem Eifer gesicherten Korrespondenz, der — Briefe der Braut und jetzigen Frau des Redacteurs, sowie eines Tagebuches, drin die jetzige Frau Redacteur ihre Backfischeindrücke anvertraut hatte.

Im Gumbinner Militärprozeß ist die Hauptverhandlung nunmehr auf den 15. August festgesetzt. Die Verhandlung findet wiederum in Gumbinnen in der Dragoner-Kaserne statt. Nach Ansicht des Ober-Kriegsgerichts werden die Verhandlungen bis zum 19. August dauern. Wie bekannt, haben am 18. und 19. Juli in Gumbinnen umfangreiche Zeugenvernehmungen

stattgefunden, welche auch über die Frage Aufschluß geben mußten, ob die Haft, in der sich Hickel befindet, materiell gerechtfertigt ist, ob, mit andren Worten, ein neuer Verdachtsgrund, der Hickels Untersuchungshaft materiell rechtfertigen könnte, thatsächlich vorliegt. Die „Nat.-Ztg." teilt mit, daß der Verteidiger nach den Vernehmungen bei dem kommandierenden General erneut Hickels Freilassung beantragt, als Antwort aber die Mitteilung erhalten hat, daß es bei dem Haftbefehl vom 6. Juni sein Bewenden haben müsse. Gründe dafür waren nicht angegeben.

Für Gesetzwidrigkeiten kann man allerdings keine Gründe angeben! —

Die Opfer des Schwindels. Aus der Eifel teilt unser Kölner Parteiblatt mit:

Zu den Opfern des Terlindenschen Krachs gehört auch eine ganze Anzahl Fuhrleute, Handwerker 2c. in der Gegend von Schleiden, wo die Firma Terlinden eine große Drechslerei (Stuhl- und Stuhlbeinfabrik) besitzt, die sofort nach Ausbruch des Konkurses still gesetzt wurde, trotzdem dieser Betrieb als ein überaus florierender gilt. Es giebt dort Fuhrleute, die mit ein, zwei und drei Pferden dieser Fabrik aus der Umgegend das Holz zuführen und denen die Firma 1000, 2000 und mehr Mark schuldet. Für diese Leute, die meist von der Hand in den Mund leben, und mit den Rückständen vielfach ihre Schulden, Miete, Pacht oder Zinsen zu decken haben, ist der, wenn auch nur teilweise Verlust ihres Guthabens in äußerstem Maße empfindlich. Um ein Beispiel anzuführen: in Wolfgarten bei Gemünd schaffte sich im vorigen Jahr ein Knecht Pferd und Karre an und machte sich damit selbständig. Sonst nennt der Mann, außer einem Häuschen mit Stall, nichts sein eigen. Diesem Mann nun schuldet die Firma Terlinden rund 500 M. Und dabei hat dieser arme Mensch eine Familie von vierzehn lebenden Kindern. . . . Terlinden wußte sich bei seinen Gründungen stets mit einem gewissen Nimbus zu umgeben. Bei der Gründung der Fabriken betonte er immer, er wolle den armen Leuten in der Gegend Gelegenheit zu einem guten Verdienst geben, zudem hier noch ein unverdorbener, von der Socialdemokratie nicht verseuchter Arbeiterstand existiere. Die beste Eigenschaft dieser „unverdorbenen" Arbeiter war natürlich bei Terlinden die, daß sie sich für wahre Hungerlöhne ausbeuten ließen, was in solchen Gegenden bekanntlich nicht mehr so leicht möglich ist, wo die Socialdemokratie die Arbeiter „verdorben" hat. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Oestreichische Brüsewitze. In Teschen wurde ein Kaufmann, der einen Lieutenant, der ihn bei einem Gartenfest beschimpft hatte, bei dessen Oberst zur Anzeige gebracht hatte, am Sonnabendabend um 7 Uhr beim Verlassen eines Cafés von 8 Offizieren überfallen und mit scharfen Säbelhieben traktiert. Hätte der Ueberfallene mit seinem Regenschirm nicht die Hiebe einigermaßen zu parieren versucht, wäre es ihm übel ergangen, mußte er doch ohnehin in ein Spital gebracht werden, wo ihm seine Verletzungen, darunter eine wie mit einem scharfen Messer ausgeführte Durchschneidung der Fingersehnen der linken Hand, verbunden wurden. Was wohl da den Brüsewitzen geschehen wird? Zu dritt mit gezogenem Säbel über einen Unbewaffneten herfallen, zeigt — von allem andern abgesehen — eine solche Ehrlosigkeit der Gesinnung, daß die drei Helden nicht nur exemplarisch bestraft, sondern auch mit Schimpf und Schande aus der Armee gejagt werden müßten. —

Ueber heftige Straßenrevolten in Klausenburg wird dem „Berl. Tagebl." vom Montag gemeldet: In Klausenburg fanden gestern stürmische Straßenrevolten statt. Die Bevölkerung, welche gegen die Polizei wegen der Brutalität derselben außerordentlich erbittert, hielt gestern zwei Versammlungen ab, in denen gefordert wurde, daß die Regierung die bisher städtische Polizei verstaatliche. Als abends zwischen der Polizei und einigen Betrunkenen Streit entstand, nahm das gesamte Publikum Stellung gegen die Polizei und trieb sie in die Flucht. Die aufgeregte Menge zog hierauf vor das Stadthaus und schlug dort sämtliche Fenster ein. Von herbeigeholtem Militär vertrieben, durchzog sie johlend die Stadt, überall die Gaslampen und die Fenster einschlagend. Inzwischen waren aus den Vororten große Mengen zugeströmt, die Rädelsführer wiegelten die Menge weiter auf, welche unter den Rufen: „Nieder mit dem Stadthauptmann! Tod der Polizei!" zu dem Gefangenenhause zog, dort alle Zellen erbrach, die Häftlinge freiließ, alle vorgefundenen Schriftstücke verbrannte und die Wohnung des Direktors mit Revolvern beschoß. Nun wurde die Parole ausgegeben, das Theater anzuzünden. Da die Polizei aus Angst vor der rasenden Menge den Dienst verweigerte, versuchten einige Journalisten, die Menge zu besänftigen und verständigten gleichzeitig das Militär von allen Vorgängen. Infolge dessen wurde das Theater noch rechtzeitig geschützt. Die Menge war aber so aufgeregt, daß sie selbst den Militärkommandanten bedrohte, der aber, nachdem genügende Mannschaft ausgerückt war und die Journalisten neuerdings besänftigende Reden an die Menge gerichtet hatten, ohne Blutvergießen sehr geschickt die Ruhe wieder herstellte. Spät nachts wurde dann noch die Wohnung des Stadthauptmanns erbrochen und völlig verwüstet.

Frankreich.

Festrede eines Kriegsministers zu Ehren eines Socialisten. Aus Paris wird gemeldet: Bei der Enthüllung eines Denkmals für Victor Considérant hielt der Kriegsminister General André eine Ansprache, in welcher er ausführte, daß die Regierung von modernen Ideen erfüllt sei und es als ihre Aufgabe erkläre, die sociale Frage nach wissenschaftlichen Principien zu lösen. Sie sei erfüllt vom Geiste der Toleranz, und in diesem Sinne habe sie ihn, den Minister, beauftragt, bei der Gedenkfeier dieses Apostels der Toleranz anwesend zu sein. —

Serbien.

Ausfall der Skupschtinawahlen. Nach dem endgültigen Ausweise entfielen bei den Wahlen zur Skupschtina in den Kreisen auf die Regierungslisten 128 828 Stimmen, wovon mehr als neun Zehntel radikale Stimmen sind. Die Listen der unabhängigen Radikalen vereinigten 38 102 Stimmen und die der Liberalen 27 999 Stimmen auf sich. In den Städten erhielten die Regierungslisten 5881, die liberalen Listen 2432 und die der unabhängigen Radikalen 1156 Stimmen. In der Provinz fanden blutige Wahlexcesse statt.

China.

Die Hamburger Waldersee-Adresse.

In der Montag-Sitzung der Bürgerschaft wurde, wie der „Hamburgische Correspondent" meldet, folgende Kundgebung endgültig genehmigt: Die Bürgerschaft stimmt ihrerseits mit Freuden der Verleihung des hamburgischen Ehrenbürgerrechts an den Generalfeldmarschall Grafen v. Waldersee zu; sie erblickt in dieser höchsten Ehrenbezeugung, die unsre Freie und Hansestadt zu gewähren hat, den Ausdruck dankbarer Anerkennung, die auch Hamburgs Bevölkerung den hervorragenden Verdiensten des Grafen Waldersee zollt.

Das Hamburgische Geldsack-Regiment hätte einen dankenswerten Beitrag zur Zeitgeschichte geliefert, wenn es in seiner Empfangsadresse die „hervorragenden Verdienste" Waldersees ein wenig specialisiert hätte! —

Rußland und China.

Die „Times" melden vom 2. d. Mts. aus Peking: Die Wirkung der Entsendung der tibetanischen Mission nach Petersburg macht sich bereits bemerkbar in der Bereitwilligkeit, ja in dem eifrigen Bestreben Chinas, die Verhandlungen hinsichtlich der Mandschurei wieder aufzunehmen. Man befürchtet, daß, wenn die Verhandlungen wieder eröffnet werden, der ursprünglich vom Fürsten Uchtomski Li-Hung-Tschang gegenüber gemachte Vorschlag, Rußland und China sollten gemeinsam alle Minen in der Mandschurei ausbeuten, angenommen wird; inzwischen hat Rußland seine Thätigkeit in der Mandschurei erneuert. Wie es heißt, wird der Sohn Li-Hung-Tschangs, Litschenfong, zum chinesischen Gesandten für Rußland ernannt werden, um die von seinem Vater begonnene Politik fortzusetzen. —

Asien.

Der englisch-türkische Zwischenfall im Hinterlande von Aden ist noch nicht abgeschlossen. Der Zusammenstoß zwischen den englischen und türkischen Truppen erfolgte auf dem Gebiete der Hushabis. Die Pforte behauptet, daß die englischen Truppen bei der Verfolgung des Araberscheiks Makbul einige Ortschaften im türkischen Gebiete besetzt hätten und hat deshalb Schritte in London zur Zurückziehung der englischen Truppen unternommen. Wie verlautet, wird eine Untersuchung zur Feststellung des Thatbestandes eröffnet werden. Von englischer Seite wird behauptet, daß die Araber, unterstützt von türkischen Truppen, in unter englischem Protektorat stehende Gebiete eingefallen seien. England werde deshalb Genugthuung verlangen.

Amerika.

Die Wirren in Venezuela. Eine von der Regierung veröffentlichte Mitteilung besagt, die columbische Invasion sei abgeschlagen worden und die Eindringlinge seien nach den Kämpfen vom 29. Juli über die Grenze zurückgegangen. Sie hätten 900 Mann verloren, während auf venezolanischer Seite 300 gefallen seien. —

Der Boeren-Krieg.

Englische Besorgnisse um Johannesburg.

Die „Westminster Gazette" berichtet aus Johannesburg: Die Stadt gewährt einen ungemein betrübenden Anblick. Da ein Ueberfall seitens der Boeren befürchtet wird, sind äußerst strenge Maßregeln getroffen worden, auf deren Zuwiderhandlung seitens der Bevölkerung strenge Strafen gesetzt sind.

Konzentrationslager für die Eingeborenenbevölkerung der Boerenrepubliken

will England jetzt errichten. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Kroonstad: Da sich herausgestellt hat, daß die im Felde stehenden Boeren ihre Vorräte aus den Kaffernkraalen ergänzen, so ist beschlossen worden, die Eingeborenen zu sammeln und sie in besonderen Lagern unterzubringen.

Da die Zahl der Eingeborenen ein paar Mal so groß ist, wie die der weißen Bevölkerung der Boerenrepubliken, dürfte das ein sehr schwieriges Unterfangen sein.

Die Kriegskosten.

Im Unterhause erklärte Lord Stanley, der Sekretär des Kriegsamts: Die Kriegskosten für den Krieg in Südafrika zwischen Ende April und dem 31. Juli seien auf 32 Mill. Pfd. Lstrl. zu veranschlagen. In dieser Summe seien jedoch einige frühere Ausgaben mit einbegriffen.

In drei Monaten 640 Millionen Mark, das ist ein teures Vergnügen.

* * *

Eine internationale Protestkundgebung

aller Socialisten schlägt das belgische Socialistenorgan „Journal de Charleroi" vor. Es veröffentlicht im Sperrdruck eine Note, worin es heißt, die Nationen, welche die Sklaven des Kapitalismus seien und von ihren Regierungen in Fesseln geschlagen wären, hätten nur eine Wahl, welche ihnen erlaubte, den südafrikanischen Greueln ein Ziel zu setzen, nämlich den internationalen Socialismus. Das Blatt fordert die belgischen socialistischen Vereinigungen auf, sofort einen internationalen Socialistenkongreß nach Brügge einzuberufen. Die Tagesordnung soll sein: Beratung der Mittel und Wege, um den Frieden in Südafrika im Namen der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Civilisation schleunigst herbeizuführen.

Partei-Nachrichten.

„Gegen den socialdemokratischen Parteivorstand herrscht unter den Genossen im Reiche vielfach eine sehr gereizte Stimmung." So kann man in den „Berl. N. Nachrichten" vom Sonnabend lesen. Als Begründung zu dieser ganz ihm selbst gehörenden Behauptung teilt das Blatt mit, daß in Dortmund ein gewisser Siebel, der dort großen Anhang habe, einen Aufruf veröffentlichte, worin er sich über das diktatorische Herrschen des Vorstandes beschwere und zur Beseitigung des Uebels einen andren Wahlmodus für die Wahl des Vorstandes vorschlage.

Zur Orientierung der Leser sei dazu mitgeteilt, daß der Herr Siebel seinen im Lütgenaustil gehaltenen Aufruf in dem freisinnigen „Dortmunder Tageblatt" veröffentlicht, demselben Blatt, in dem auch Herr Lütgenau seine Erzeugnisse abzulagern pflegt, und daß der Anhang Siebels gerade so groß ist wie der Lütgenaus: sie hängen nämlich nur einer dem andern an.

Zu dem „Ausspruch" der Kreiskonferenz des 1. weimarischen Wahlkreises, die mit Bernstein einverstandenen Parteigenossen sollten eine eigne Partei gründen, schreibt uns der Kreis-Vertrauensmann:

Ein bündiger Beschluß der Versammlung in dem im Bericht angedeuteten Sinne liegt nicht vor. Es haben einige der Delegierten sich gegen die Ausführungen Bernsteins ausgesprochen und zwar gelegentlich der Stellungnahme zum Parteitag in Lübeck in der Voraussetzung, daß diese Angelegenheit dort zur Sprache gebracht werden muß. Eine wirkliche Bernstein-Debatte hat nicht stattgefunden, wohl aber stellten sich alle Redner, die hierzu das Wort nahmen, im allgemeinen auf den Standpunkt des Genossen Grunwald, welchen er in seinen gegen Bernstein gerichteten Artikeln der „Tribüne" niedergelegt hat.

Weil aber keiner der Delegierten und auch niemand von den sonst anwesenden Genossen für Bernstein das Wort ergriffen hatte, durfte in dem Bericht mit Recht gesagt werden (auch ohne formellen Beschluß), was der „Vorwärts" scheinbar nicht gern gelesen hat.

Im übrigen wird ja der demnächst zusammentretende Thüringer Parteitag die Meinung der Thüringer Genossen klar zum Ausdruck bringen, da auf der Tagesordnung auch die Bernstein-Frage steht.

Gemeindewahlen. In Neu-Isenburg (Großherzogtum Hessen) wurden bei sehr starker Wahlbeteiligung sämtliche fünf socialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Totenliste der Partei. In München starb der Maurer Friedrich Dasio, der sich stets als ein opferfreudiger und kampfbereiter Parteigenosse bewährt hat. Die Parteigenossen werden ihn in gutem Andenken behalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Ein Maulkorb für socialdemokratische „Agitatoren". In Eisenach sollte der Reichstags-Abgeordnete Genosse Förster über Militarismus und Socialismus reden. Rechtzeitig erhielt der Bürgermeister folgendes Schreiben:

Großherzogliche Bezirksdirektion.

Eisenach, den 2. August 1901.

Der Gemeindevorstand wird angewiesen, die für heute abend 8½ Uhr im Saale zum „Fröhlichen Mann" angemeldete öffentliche Versammlung sofort zu verbieten, da der als Referent bestellte H. Förster aus Hamburg socialdemokratischer Agitator ist und deshalb von diesem eine andre als verhetzend wirkende Behandlung des Themas „Militarismus und Socialismus" nicht zu erwarten ist.

Die Beachtung des Verbotes ist zu überwachen.

J. V.

gez. Dr. Vermehren.

Entsprechend dieser Weisung wurde die Versammlung verboten. Die zu gleicher Zeit angemeldete Mitglieder-Versammlung des socialdemokratischen Vereins, in welcher über die Handelsverträge gesprochen wurde, verfiel der Auflösung, als Genosse Förster das Wort nehmen wollte.

Danach dürfen also wohl Socialdemokraten in Weimar überhaupt nicht mehr in Versammlungen reden. Es werden dafür bei den Wahlen umsomehr Socialdemokraten stimmen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Berichtigung. Herr Walther Weiske teilt uns mit, daß sein Barbiergeschäft sich Marsiliusstr. **9** befindet, während das unter dieser Adresse von der Lohnkommission der Barbiergehilfen in unsrer Sonnabendnummer bekannt gegebene Geschäft des Herrn Stanowsky sich Marsiliusstr. **11** befindet.

Deutsches Reich.

Generalstreik der Flaschenmacher.

Einen schönen Beweis von Solidarität haben die englischen Flaschenmacher ihren im Kampf stehenden deutschen Kollegen gegeben. Der „Sächs. Arb.-Ztg." wird aus Castleford geschrieben, daß daselbst am 29. Juli eine besondere Vorstandssitzung der englischen Glasflaschenmacher-Union stattfand, in der ein Vertreter des deutschen Glasarbeiter-Verbandes den englischen Kollegen nähere Erläuterungen zum gegenwärtigen Streik gab. Nachdem die schwierige Lage, in der sich die deutschen Kollegen befinden, reiflich erwogen war, wurde beschlossen, die ersten 20 000 M., die dem Vorstand der deutschen Glasarbeiter zur Verfügung gestellt werden, sofort abzusenden, was auch geschehen ist. Dann wurde beschlossen, eine zweite Summe von 20 000 M. den deutschen Kollegen zur Verfügung zu stellen. Weiter wurde beschlossen, die wöchentliche Extrasteuer, die seit dem 11. Mai gesandt wird, von 25 Pf. auf 50 Pf. pro Mitglied vom 3. August ab zu erhöhen, was einen Betrag von 1600 M. die Woche ergiebt. Die Frage, ob weitere Summen zur Verfügung zu stellen seien, wurden offen gelassen. Sollte der Streik nicht beigelegt sein, wenn der internationale Glasarbeiter-Kongreß am 25. August in Hannover zusammentritt, so ist sicher, daß die englischen Kollegen andre Maßregeln zur Unterstützung der kämpfenden Glasarbeiter in Deutschland ergreifen werden.

Ueber die Situation des Streiks in den Dresdener Fabriken entnehmen wir der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung", daß auch die Lehrlinge sich dem Ausstand angeschlossen haben. Da dieselben einen längere Zeit währenden Lehrvertrag haben, so rief die Firma die Hilfe der Polizei an, die, dienstbereit wie immer und in diesem Falle allerdings gestützt auf geltendes Recht — die Gewerbe-Ordnung — den Lehrlingen befiehlt, sofort wieder die Arbeit aufzunehmen, andernfalls sie zwangsweise zur Arbeit zurückgeführt werden. Ob die Firma von solcher polizeilich erzwungenen Arbeit Vorteil hat, das dürfte fraglich sein.

Zuverlässigen Mitteilungen unsres Dresdener Partei-Organs zufolge fängt in der Siemensschen Fabrik schon der Vorrat an gangbaren Flaschen an knapp zu werden. Es liegen aber eine Menge Ausschußflaschen da, für die den Arbeitern bei der Herstellung nur ein ganz geringer Lohn gezahlt wurde. Diese Flaschen werden jetzt ausgesucht, ob zum Zwecke des Verkaufs, wissen wir nicht, eine solche Vermutung liegt nach Lage der Sache aber sehr nahe. — Die Hilfsarbeiter werden der Firma allmählich unbequem, da für diese Leute keine ausreichende Beschäftigung da ist; sie müssen vielfach die Arbeit zeitweise aussetzen, und da dafür kein Lohn gezahlt wird, so werden diese Arbeiter natürlich ungehalten.

In manchen Orten sind die Fabrikanten, oder doch deren Beauftragte, recht brutal gegen die streikenden Arbeiter vorgegangen. Von verschiedenen durch die Presse gegangenen derartigen Nachrichten wollen wir zur Kennzeichnung nur ein Beispiel aus Brunshausen, welches wir dem „Hamburger Echo" entnehmen, anführen:

Man glaubte, bei der Räumung der Wohnungen würden die Arbeiter rebellisch werden. Vier Gendarmen hatten sich im Comptoir postiert, zwei waren auf dem Hofe, aber alles ging so ruhig ab, daß die Gendarmen keine Arbeit bekamen. Da griff man zu einem andren Mittel, welches der Hetze in Schauenstein auch angewendet. Die Brunshausener haben infolge der Bodenbeschaffenheit kein Trinkwasser. Dieses muß von Stade geholt werden, hierzu hat die Fabrik zwei große Tonnen machen lassen, die zweimal des Tages nach Stade geschickt werden, um die Arbeiter mit Trinkwasser zu versorgen. Als am Sonnabend Mittag die letzte Schicht abgekreten, die aber vor Mittwoch ihre Arbeit nicht beendet, also mit in den Wohnungen verbleibt, befahl Herr Jönk, das Wasser vom Platz fahren zu lassen. So haben die Familien seit Sonnabend Mittag trotz der kolossalen Hitze kein Trinkwasser und müssen sich mit dem in der Schwinge befindlichen schlammigen Wasser begnügen.

Diese niederträchtige Chikanierung hatte aber nicht den von den Fabrikanten gewünschten Erfolg. Kein Arbeiter ließ sich dadurch zum Umfall bewegen. Fest und entschlossen traten alle in die Reihen ihrer kämpfenden Brüder.

Zum Ausstand der Tabakarbeiter in Nordhausen.

Die von 8 Fabrikanten ausgesperrten Tabakarbeiter fühlen sich veranlaßt, auf die unrichtigen Behauptungen, welche in dem von Herrn Schloßmacher aus Frankfurt a. M. unterzeichneten „Eingesandt", welches in verschiedenen Zeitungen erschien, enthalten sind, folgendes richtigzustellen:

Herr Schloßmacher sagt, daß es eine ungeheuerliche Forderung ist, daß die Fabrikanten nunmehr die in Arbeit Gebliebenen und diejenigen Arbeiter, welche ihnen in ihrer Notlage durch Eintritt in die Fabriken geholfen haben, im Stich lassen sollen.

Darauf erklären wir, daß von den Ausständigen niemals verlangt worden ist, daß die sog. Arbeitswilligen beseitigt werden sollen. Es ist niemals ein derartiger Beschluß gefaßt, niemals eine solche Forderung an die Fabrikanten oder an Herrn Schloßmacher gerichtet worden. Im Gegenteil ist stets von den Arbeitern und deren Vertretung betont worden, daß niemand an den Stehengebliebenen und neu Eingetretenen einen Anstoß nimmt, sondern alle gewillt sind, mit denselben zu arbeiten.

Die Satzungen des uns bei den letzten Verhandlungen von Herrn Schloßmacher überreichten Vergleichsvorschlags waren derart, daß es erst harter Kämpfe bedurfte, um die rigorosesten, jeder gerechten Grundlage entgegenlaufenden Punkte zu beseitigen. Wir wollen z. B. nur hervorheben, daß Punkt 7 ganz anders lautete, als wie Herr Schl. jetzt beliebt in Druck zu geben.

Punkt 7 hieß: Die Ausständigen nehmen die Arbeit ordnungsmäßig wieder auf und haben sich bei Gefahr der Entlassung jetzt und künftig innerhalb und außerhalb der Betriebe jeder Beleidigung und Belästigung der nicht an dem Ausstande Beteiligten zu enthalten usw.

Nach der letzten uns von Herrn Schl. zugegangenen Antwort der Fabrikanten beharrten dieselben auf Beibehaltung des hier angeführten Wortlauts besonders von innerhalb „und außerhalb der Betriebe". Gegen letztere Satzung hatte sich in der Hauptsache das Komitee und die Versammlung der ausstehenden Arbeiter gewendet, weil wir es für selbstverständlich (und somit die Festlegung für überflüssig) halten, daß die wieder in Arbeit tretenden ausgesperrten Arbeiter in dieser Beziehung sich innerhalb der Betriebe nichts zu Schulden kommen lassen. Was außerhalb der Betriebe vorgeht, ist Sache der Beteiligten und hat der Arbeitgeber auf keinen Fall das Recht, den Arbeitern außerhalb der Betriebe Vorschriften über sein Thun und Lassen zu machen. Die Arbeiter empfinden das Ansinnen als Beleidigung und lassen es sich als anständige organisierte Arbeiter nicht gefallen. Doch das merkwürdigste hierbei ist: Herr Schloßmacher läßt einfach die betreffenden bedeutsamen Bestimmungen: innerhalb und außerhalb der Betriebe, ganz weg, trotzdem die Fabrikanten, wie er uns schreibt, unbedingt daran festhalten. Das läßt tief blicken. Schämen sich die Herren jetzt, mit ihrem rigorosen Vergleichsvorschlag so herauszurücken wie er war?

Herr Sch. sagt weiter: Das Komitee der Ausständigen habe, sofort nachdem er erklärt habe, daß etwa 50 Personen nicht unterkommen bezügl. nicht eingestellt würden, gesagt, die Zahl sei zu groß und der Ausschluß derselben käme einer Maßregelung gleich.

Das letztere ist richtig, das erstere nicht. Herr Schloßmacher erklärte schon, bevor die Fabrikanten die Listen der nicht wieder einzustellenden Arbeiter gezeichnet hatten, es seien weit mehr als wir glaubten. Nach Einsicht in die Liste stellte sich heraus, daß man weit über 70 Personen nicht wieder einstellen wollte. Wenn hatte man aber gestrichen? Zunächst alle Arbeiter, welche in den Fabrikkommissionen thätig gewesen, ferner die ganze Leitung des Ausstands, viele solche Arbeiter, welche langjährig ununterbrochen in einzelnen Betrieben thätig gewesen und alle diejenigen, die mehr oder weniger für die Organisation eingetreten sind. War dies vielleicht nur ein Zufall? O, nein es war mit gutem Vorbedacht geschehen.

Was aber war das große Verbrechen, weswegen man die Arbeiter aus den Fabriken jagte und nun die besten und intelligentesten derselben gänzlich verbannen will? Weil die Arbeiter gewagt hatten, auch einmal etwas zu fordern, nämlich ihr Selbstbestimmungsrecht und die Anerkennung ihrer Organisation. So steht es und nicht anders. Der Revers, so behauptet man, sei zurückgezogen und wiederum will man auf andre Weise (durch Maßregelung in bester Form) die Vernichtung der Organisation.

Es ist richtig, wenn Herr Schl. sagt, daß die ausständigen Arbeiter sich mit Punkt 6 und 7 nicht einverstanden erklärten. Jedoch ist hinzuzusetzen, daß sie zu weiteren Unterhandlungen bereit waren. Daß der größte Teil der auf den Listen von den Fabrikanten gestrichenen Arbeiter nicht draußen zu stehen braucht, ist mehrfach bewiesen.

So kann sich jeder Leser klar werden, wer an dem Nichtzustandekommen eines Friedens die Schuld trägt, ob es die zu fortwährenden Konzessionen geneigten Arbeiter sind, oder die mit der Absicht der gröbsten fortgesetzten Maßregelungen unsrer besten Kollegen umgehenden 8 Fabrikanten.

Das Komitee
der ausgesperrten Tabakarbeiter.

Zum Streik der Sammetscherer. Der Verein für niederrheinische Textilindustrie und ihre Hilfsindustrie erläßt eine Erklärung, in der es heißt: Ein Ausschuß des Vereins habe die Forderungen der Streikenden geprüft und dieselben als unberechtigt anerkannt, denn der Lohn der Scheerer betrage mit Ausnahme von 37 Arbeiter pro Woche 19,68 M. Auch wäre die Beschäftigung der Scherer eine wenig anstrengende und sehr einfache. Die General-Versammlung hätte deshalb einstimmig beschlossen, die Scherereibesitzer in jeder Weise zu unterstützen, sie namentlich während des Ausstandes für ihre pekuniären Nachteile statutenmäßig zu entschädigen. Sollten die Streikenden nicht bald zur Einsicht kommen, dann würden sämtliche Sammetweber und die Arbeiter der Hilfsindustrie ausgesperrt. Die Arbeiter erklären, von ihren Forderungen kein Jota nachzulassen, denn ihr Lohn sei miserabel, der Höchstlohn betrage 20,70 M. wöchentlich, werde aber nur von wenigen erreicht, dann sei zu bedenken, daß durchschnittlich jährlich 13 Wochen Feierschichten eingelegt werden, in vielen Jahren noch mehr. Außerdem greife die Arbeit durch den Staub, welcher das Scheren verursache, die Lungen so an, daß ein Scherer über 40 Jahre eine Rarität sei.

Bergarbeiterstreik in Braunschweig. Am Sonnabend sind, wie der „Braunschweiger Volksfreund" berichtet, sämtliche Bergleute und Arbeiter der Braunkohlenwerke „Treue" in den Ausstand getreten. Einem bürgerlichen Blatt zufolge hatte die Direktion der braunschweigischen Kohlenbergwerke vor 14 Tagen durch Anschlag bekannt gegeben, daß mit dem 1. August eine Lohnherabsetzung von 20 Pf. pro Schicht eintreten werde und es denjenigen, die mit dieser Maßnahme nicht einverstanden sein sollten, freigestellt, entweder gleich oder am 31. Juli die Arbeit niederzulegen. Auf eine an die Direktion gerichtete Eingabe der Bergarbeiter ist denselben eröffnet, daß ein Lohnabzug von nur 10 Pf. pro Schicht erfolgen sollte, daß jedoch gleichzeitig eine erhöhte Förderung von Kohlen eintreten müsse. Die Folge dieser Eröffnung war, daß kein Mann anfuhr und alle in ihre Wohnungen zurückkehrten. Die Briquetfabriken mußten, da die vorrätigen Braunkohlen verarbeitet waren, heute nachmittag den Betrieb einstellen. Ein großer Teil der Bergarbeiter hat sofort Beschäftigung bei den drängenden Ernte-Arbeiten gefunden.

Nach dem „Helmst. Kreisbl." sind auch die Belegschaften der Gruben „Trendelbusch" und „Prinz Wilhelm" wegen Lohndifferenzen zum Teil in den Streik eingetreten.

Unser Braunschweiger Partei-Organ führt noch die Meldung eines dritten bürgerlichen Blattes vom 3. August an. Dieselbe lautet:

Es ist, wie man uns mitteilt, gestern noch eine Verständigung erzielt worden, so daß heute früh schon der größte Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hat. Auf Grube „Prinz Wilhelm Nordschacht" ist die Arbeit vollständig wieder aufgenommen, auf Grube „Treue" ist der größte Teil, auf Grube „Trendelbusch" die Hälfte der Arbeiter wieder eingefahren, auf Grube „Prinz Wilhelm Hauptschacht" hat überhaupt kein Ausstand stattgefunden.

Bäckerstreik in Mannheim. Nachdem mehrfache Verhandlungen wegen der von den Gehilfen aufgestellten Forderungen mit den Meistern kein Resultat hatten, haben am Sonntag mehr als 200 Bäckergehilfen die Arbeit niedergelegt. Gefordert wird: Kost und Logis außer dem Hause, 20 M. Mindestlohn.

Ausland.

Zum amerikanischen Stahlarbeiter-Streik liegen heute folgende Meldungen vor:

Shaffer, der Vorsitzende des Verbandes der Stahlarbeiter, erklärte in Pittsburg, alle Mitglieder des Verbandes und alle, die ihm zustimmten, würden aufgefordert werden, sich dem Ausstande anzuschließen. Er glaube es dahin bringen zu können, daß alle Werke des Stahltrusts geschlossen werden. Morrison, der Sekretär der amerikanischen Arbeitervereinigung, erklärte in Washington, daß die Vereinigung den Verband der Stahlarbeiter in jeder Weise unterstützen werde.

Das Exekutivkomitee der Gesellschaft der Vereinigten Stahlgießer teilt mit, daß es die Angestellten zweier weiterer Stahlwerke zum Anschluß an den Stahlarbeiterstreik veranlassen werde. Die Gesamtzahl der Streikenden würde sich alsdann auf 165 000 belaufen.

Socriales.

Zur Belehrung für unwissende und widerborstige Unternehmer schreibt der Gewerbe-Aufsichtsbeamte für den III. württembergischen Aufsichtsbezirk in dem soeben erschienenen Jahresbericht der württembergischen Fabrikinspektion:

„Was die Lohnbewegungen jeweils so schwierig gestaltet, ist nicht immer die Forderung der Arbeiter nach höheren Löhnen oder kürzerer Arbeitszeit, sondern die Weigerung des Arbeitgebers, mit einer ihm oft völlig fremden Arbeiterkommission über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Hierin erblickt der Arbeitgeber eine Beeinträchtigung seiner Rechte, und er wird einer Verhandlung um so abgeneigter sein, je weniger es die Arbeiter verstanden haben, den Empfindungen des Arbeitgebers Rechnung zu tragen. Der Erfolg eines friedlichen Ausgleichs kann von vornherein dadurch in Frage gestellt werden, daß die Arbeiter Persönlichkeiten in die Kommission wählen, die in den der Lohnbewegung vorausgehenden Versammlungen gegen Arbeitgeber besonders hervorgetreten sind. Auf der andern Seite sind die Arbeiter durch zahlreiche Vorgänge darüber belehrt, daß sie ihre Existenz gefährden, wenn sie in kritischen Zeiten, ohne sich auf besondere persönliche Tüchtigkeit und damit auf ein gewisses Maß von Unentbehrlichkeit stützen zu können, sich der Vertretung von Forderungen annehmen, denen der Arbeitgeber die Berechtigung glaubt aberkennen zu müssen. Aus diesem Grunde ist der einzelne wie auch die Gesamtheit oft gezwungen, die Wünsche durch die Kommission fremder Arbeiter vertreten zu lassen, deren Zusammensetzung durch die Rücksichten auf die persönliche Unabhängigkeit und die Tüchtigkeit ihrer Mitglieder und nicht durch Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber, wie öfters angenommen wird, bestimmt wird. Am besten zeigt sich das schon in der Wahl der Vertrauenspersonen der Gewerbe-Inspektion, die entweder vollständig unabhängig sind, wohl auch den Arbeiterstand verlassen haben, oder sich in solchen Betrieben befinden, in denen der Arbeitgeber der Sache wohlwollend gegenübersteht.

Der noch vielfach herrschenden irrtümlichen Auffassung, als ob es sich bei Lohnbewegungen organisierter Arbeiter um plötzliche Entschließungen unruhiger Elemente handle, ist die Thatsache gegenüberzustellen, daß jeder Lohnbewegung ein planmäßig geordnetes Verfahren innerhalb der gesamten Organisation vorauszugehen hat. Ueber die Berechtigung einer örtlichen Lohnbewegung innerhalb eines bestimmten Gewerbes entscheidet nach vorausgegangener Beratung und Begründung durch die örtlichen Fach- beziehungsweise Ortsvereine bei den Vereinigten Gewerkschaften der Centralvorstand der betreffenden Gewerkschaft und bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen der Generalrat. Schon der Umstand, daß beide Organe in der Regel vom Orte, wo eine Lohnbewegung im Gange ist, entfernt sind, ermöglicht eine ruhige Prüfung der für die Lohnbewegung geltend gemachten Gründe. Dazu kommt die genaue Kenntnis der Lage des Arbeitsmarkts und aller mit ihr zusammenhängenden Erscheinungen, zu deren gründlichem Studium die genannten Vorstände verpflichtet sind, denn jede für die Arbeiter unglückliche Lohnbewegung, sofern sie ihre Ursache in unrichtiger Beurteilung dieser Verhältnisse hat, führt zu einer moralischen und finanziellen Schwächung der Gewerkschaft bezw. des Gewerkvereins. Wird einer Lohnbewegung vom Centralvorstand bezw. dem Generalrat die Genehmigung versagt, so haben entgegenhandelnde Arbeiter alle Konsequenzen eines für sie unglücklichen Ausganges selbst zu tragen. Arbeitslosen- und Streikunterstützung werden in solchem Falle nicht gewährt. In dieser Ordnung der Dinge und bei ruhigen und erfahrenen Männern an der Spitze, die auch ihre Ehre darin suchen, den Arbeitern auf friedlichem Wege Zugeständnisse zu erringen, liegt eine sichere Gewähr gegen leichtfertige Beunruhigungen der Industrie und der Arbeiter, die sich mit ihrer Familie nicht brotlos machen wollen."

Für den Gewerbegerichtstag, der am 10. und 11. September in Lübeck stattfindet, bewilligte der Magistrat der Stadt Erlangen die Delegationskosten für zwei Delegierte mit zusammen 200 M.

Die Einrichtung einer eignen Bäckerei beabsichtigt der Konsumverein „Vorwärts" in Dresden. Er hat zu diesem Zwecke sowie zur Errichtung andrer Baulichkeiten ein sehr großes Grundstück erworben.

Invalidenrente für staatliche Bergarbeiter in Rußland. Ein vor wenigen Tagen veröffentlichtes Gesetz regelt die Gewährung von Invalidenrente an die Arbeiter in den staatlichen Bergwerken und von Renten an ihre Hinterbliebenen im Falle des Todes. Danach haben, wie der „Frankfurter Zeitung" geschrieben wird, alle Arbeiter der staatlichen Bergwerke, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter, einen Anspruch auf eine Invaliditätsrente, die infolge von Unfällen oder Berufskrankheiten während oder infolge Ausübung ihrer beruflichen Obliegenheiten, ihre Arbeitsfähigkeit ganz oder teilweise einbüßen. Tritt infolge solcher Ereignisse der Tod des Arbeitrs ein, so geht der Anspruch auf die Rente auf die Familie desselben, und zwar Witwe, Kinder und Eltern über. Ein Verlust dieses Anspruchs tritt nur ein, falls bewiesen wird, daß die Verletzung in böswilliger Absicht vom Arbeiter selbst herbeigeführt worden ist, aber auch nur in Bezug auf ihn selbst, nicht auf seine Familie im Falle des Todes. — Die Renten werden nach dem mittleren jährlichen Arbeitsverdienst des betreffenden Arbeiters in den letzten drei Jahren bemessen und betragen, im Falle totaler Erwerbsunfähigkeit, 2/3 dieses Jahresverdienstes. Im Todesfalle hat die Witwe resp. der Witwer (letzterer übrigens nur, wenn er selbst aus irgend welchen Gründen arbeitsunfähig ist) Anspruch auf eine Rente in Höhe von 50 Proz. derjenigen Rente, die der Verstorbene im Invaliditätsfalle bezogen haben würde; ein oder zwei Kinder erhalten je 1/6 derselben, sind drei oder mehr Kinder vorhanden — so erhalten sie zusammen 1/2 derselben, so daß insgesamt 2/3 des Lohnes gezahlt werden. Volle Waisen erhalten je 1/3, aber zusammen nicht mehr als die volle Invaliditätsrente von Vater oder Mutter. Die direkten Ascendenten haben nur insoweit einen Anspruch auf Rente, als die vorstehend genannten Anverwandten noch nicht die vollen 2/3 des mittleren Lohnes beziehen und nur wenn sie nachweislich von dem Verstorbenen erhalten worden sind. In diesem Fall steht ihnen 1/6 jener Rente zu. Die Renten werden gezahlt: an die Kinder — bis zur Erreichung des 16. Lebensjahres, an die Witwe und den Witwer — bis zur Wiederverheiratung.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit in Bremen. Der Bericht der Bremer Fabrikinspektion umfaßt von den in Bremen thätigen 2349 erwachsenen und 105 jugendlichen Fabrikarbeiterinnen 2321 der ersteren, 91 der letzteren Abteilung, also bis auf wenige Ausnahmen die gesamte weibliche Fabrikarbeiterschaft. Gegen das Vorjahr haben beide, Jugendliche und Erwachsene, abgenommen, was bei der Gruppe XIII (Nahrung und Genußmittel) sogar zu einer Einschränkung der Produktion in einzelnen Betrieben führte. Der Bericht sucht die Erklärung dieser Abnahme darin, daß die Betreffenden besser gelohnte Arbeit in Betrieben fanden, welche der Aufsicht nicht unterstehen. Ueber die Hälfte der weiblichen Arbeiter, 1251, beschäftigt die Textilbranche, erst weit tiefer, mit 249 Arbeiterinnen, erscheint in zweiter Reihe die Cigarrenfabrikation.

Die Reformbedürftigkeit der Schutzgesetze erhellt mit deutlichem Hinweise auf einen wunden Punkt folgende Mitteilung:

„In Anlaß der Sonntagsrevision einer Fabrik der Gruppe VIII wurde die Forderung gestellt, daß verheiratete Frauen und namentlich schwangere nicht regelmäßig jeden Sonntag mit den an sich nach § 105c Ziffer 3 gestatteten Reinigungsarbeiten, die in der Hauptsache in Entleerung von Schlammkanälen bestanden, beauftragt würden. Die Arbeit selbst war nach Ansicht der Gewerbe-Inspektion für Frauen nicht sonderlich geeignet und konnte besser durch Arbeiter erfolgen. Die Entscheidung der höheren Instanz mußte angerufen werden, weil die Betriebsinhaber sich weigerten, gutwillig der Forderung nachzukommen. Unter Anerkennung der Berechtigung des Wunsches der Gewerbe-Inspektion entschied die obere Instanz zu Gunsten der Werkbesitzer, weil die gesetzliche Handhabe zur Verhinderung fehlte."

Wer erstaunt nicht, daß in solchem Fall die Handhabe des Gesetzes versagte? Wie schnell sind doch stets „Handhaben" bereit, wenn es gilt, Arbeitern die gesetzlichen Rechte zu beschneiden! In so mannigfacher Weise sehen wir diese Handhaben am Werke, daß die eine, nie versagende des groben Unfugs gar nicht mehr hervorgeholt wird. Hoffentlich wird sich die obere Instanz, welche die Berechtigung der Beschwerde anerkannte, bestreben, dahin zu wirken, diese Lücke des Gesetzes baldmöglichst auszufüllen.

In einer Gummiwarenfabrik sind Arbeiterinnen den Vorschriften entgegen mehr als 2 Stunden in den Vulkanisierräumen beschäftigt worden. Da Besitzer und Werkführer zu je 30 M. Geldstrafe ev. 6 Tagen Haft verurteilt wurden, ist die Verfehlung offenbar eine gröbliche gewesen. Aus Anlaß dieses Falles hat die Behörde eine sehr eingehende erweiterte Betriebsordnung für Gummiwaren-Fabriken erlassen, welche die große Gefährlichkeit jener Fabrikation klar darthut. Es wäre sehr zu wünschen, daß ähnliche Specialbestimmungen für gesundheitsgefährliche Betriebe überall erlassen und streng durchgeführt würden.

Ueber die gewerbliche Frauenarbeit sagt der Bericht des Fabrikinspektors für Reuß j. L.:

„Die gesundheitsschädigenden Einwirkungen vieler Arten der gewerblichen Frauenarbeit sind im allgemeinen noch zu wenig bekannt, insbesondere fehlen noch die Erfahrungen darüber, bis zu welchem Grade der weibliche Organismus ohne Schädigung desselben angestrengt werden kann. Es ist daher eine erschöpfende Beurteilung derselben ohne Zuziehung ärztlicher Sachverständiger oder Krankenkassen-Vorstände nicht möglich, denn die schädlichen Einflüsse können sowohl in der Natur des Betriebes selbst liegen, als auch in der Weise, wie und unter welchen Umständen und auf welche Dauer die Arbeiten verrichtet werden. Nur soviel scheint gewiß, daß in Betrieben wie Ziegeleien, Kalk- und Marmorwerken, in der Metallwarenfabrikation, in den Gerbereien sowie im Baugewerbe die Frauenarbeit an sich unpassend und vielleicht auch entbehrlich ist, da diese Thätigkeiten als solche weder zu den Frauenarbeiten gehören, noch eine besondere, den Frauen eigene Geschicklichkeit erfordern und vielfach sogar an die Körperkraft nicht unbeträchtliche Anforderungen stellen. Die besonders umfänglich angestellten Erhebungen in Bezug auf die weibliche Wanderarbeit in den Ziegeleien haben als Grund zwar vorwiegend Mangel an männlichen Arbeitern ergeben; es hat sich aber gezeigt, daß man weniger geschickte als billige Arbeitskräfte brauchte. Andererseits läßt die Statistik erkennen, daß die Frauenarbeit durchaus nicht allgemein üblich und in einzelnen größeren Ziegeleien sogar erst im Laufe der letzten vier bis sechs Jahre in Aufnahme gekommen ist. Aehnlich ist es in der Metallwaren-Industrie und in den Gerbereien, in denen sich die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte erst in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren entwickelt hat."

Gerichts-Zeitung.

Der Segen der Berufungsinstanz ist auch dem Kohlenhändler Rudolf Nagel, der gestern vor der sechsten Ferienstrafkammer des Landgerichts I stand, zu teil geworden. Ein Zeuge hatte vor dem Schöffengericht bekundet, daß der Arbeiter Ernst Hoffmann, welchem die Verabfolgung von Coaks auf der Lichtenberger Gasanstalt oblag, dem Angeklagten Nagel 10 Hektoliter Coaks mehr verabfolgt hatte, als diesem rechtmäßig zukam. Hoffmann war daraufhin wegen Diebstahls zu zwei Wochen, Nagel wegen Hehlerei zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Während Hoffmann sich bei dem Erkenntnis beruhigte, legte Nagel durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, Berufung ein. Dieser trat vor der zweiten Instanz den Beweis dafür an, daß der Belastungszeuge, der auch Anzeige erstattet hatte, ein vielfach vorbestrafter Mensch sei. Auf die Bekundung dieses einzigen Zeugen hin dürfe die Verurteilung eines bisher unbescholtenen Mannes nicht erfolgen. Der Gerichtshof war ebenfalls der Ansicht, daß das Belastungsmaterial zu einer Ueberführung des Angeklagten nicht ausreiche. Der darauf unter Aufhebung des ersten Urteils freigesprochen wurde.

Was geschieht nun mit dem verurteilten Hoffmann?

Eine junge Krankenpflegerin, die 18jährige Emma W. stand gestern in ihrer Ordenstracht vor dem Schöffengericht, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Unter Thränen gab sie zu, daß sie sich in einer augenblicklichen schwachen Anwandlung vergessen habe. Ihre Oberin habe ihr verziehen, sie dürfe im Dienste bleiben, nun möge das Gericht auch Milde walten lassen. Das Kind eines Blumenhändlers, das sie verpflegt, sei verstorben. Die Mutter des Kindes hatte mehrere Kleinigkeiten, welche die Verstorbene besonders gern gehabt, mit in den Sarg gelegt, sie sollten mit der kleinen Leiche in die Gruft gesenkt werden. Die Angeklagte hatte diese Sachen in einem unbewachten Augenblick wieder herausgenommen und sich angeeignet. Sie wußte selbst nicht, was sie damit anfangen sollte. Die That sei bemerkt worden, bevor der Sarg geschlossen wurde. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen. Der Vorsitzende riet der Verurteilten, ein Gnadengesuch einzureichen.

Versammlungen.

Die Bauanschläger Berlins und Umgegend beschäftigten sich in einer am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung mit dem Tarif. Es wurde das Antwortschreiben der Meister verlesen, worin dieselben es nochmals ablehnen, mit den Anschlägern in die Tarifberatungen einzutreten. Infolge dessen wurde folgender Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Die Generalversammlung des Vereins der Bauanschläger Berlins und Umgegend beschließt, am Montag, den 5. d. M., unsren Tarif in Druck zu geben und nach Fertigstellung desselben sofort in den Streik zu treten. In dieser Zeit sind so viel wie möglich Wanderversammlungen abzuhalten."

Alle diejenigen Kollegen, welche vom 5. d. M. ab angegangen werden, nach dem Meistertarif zu arbeiten, sind als Streikende zu betrachten nach § 4 Abs. c unsres Statuts. Ferner wurden die Kollegen aufgefordert, den Arbeitsnachweis der Meister streng zu meiden; unsre Nachweise befinden sich nach wie vor bei Opatz, Sebastianstr. 50, Döring, Neue Schönhauserstr. 9 und Hagen, Charlottenburg, Bismarckstr. 70. Ferner wurde noch beschlossen, in sämtlichen Versammlungen neue Mitglieder aufzunehmen, die bisher üblichen Nachzahlungen, ebenso die eventuell Restierenden kommen in Wegfall.

Barbier-, Friseur- 2c. Gehilfen. In der am 1. August in Feuersteins-Festsälen abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen referierte Kollege Kaiser über: „Die Zwecke und Ziele der Organisation". Nach lebhafter Diskussion wurde eine Resolution angenommen, welche die Versammelten verpflichtet, sich der Organisation anzuschließen. Sodann folgten Berichte und Neuwahlen. Gewählt wurden Lubert, Kaiser, Stephan und Langner in die Agitationskommission; Lubert und Stephan als Gewerkschafts-Delegierte. Zum Schluß wurde eine Tellersammlung für die am Sonnabend, den 3. d. M., in Streik tretenden Stettiner Barbiergehilfen veranstaltet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Klausenburg, 5. August. (W. T. B.) Wegen verschiedener **von Polizei-Organen verübter Mißbräuche** hat heute hier eine Kundgebung gegen die Polizei stattgefunden. Die Menge stürmte gegen das Polizei-Gefängnis, befreite die in Haft Befindlichen und verwüstete die Wohnungen des Stadthauptmanns und Vice-Stadthauptmanns. Militär schritt ein und stellte die Ruhe wieder her.

Gent, 5. August. (W. T. B.) Heute Mittag brach in einem mit Seide, Wolle und andren leicht brennenden Stoffen gefüllten Lagerraum eines Speichers **ein Brand** aus. Um 2 Uhr gelang es, das Feuer zu bewältigen. Der Lagerraum bildet nur noch einen Trümmerhaufen. Der Schaden ist bedeutend. Bei den Rettungsarbeiten verunglückte ein Arbeiter.

Paris, 5. August. (W. T. B.) Der „Temps" glaubt zu wissen, daß man im Ministerium des Aeußern den von Constans gemachten Vorschlag erwäge, welcher dahin geht, wegen der in Konstantinopel bezüglich der „Société des quais" gemachten Schwierigkeiten ihn von seinem Posten abzuberufen und dem türkischen Botschafter in Paris Munir Bey **die Pässe zuzustellen.**

London, 5. August. (W. T. B.) Unterhaus. Yerburgh fragt an, ob die Belegung von bisher steuerfreien Waren mit einem Eingangszoll in Einklang stehe mit der zweiten Klausel des britisch-chinesischen Abkommens vom Jahre 1858, welches unter der Geltung des Vertrags von Tientsin abgeschlossen sei, und ob die Regierung beabsichtige zuzugeben, daß Rechte der Briten in China durch eine Majorität von Vertretern der Mächte in Peking abgeändert werden. Austin Chamberlain erwiderte an Stelle Cranbornes, die Aufhebung der freien Einfuhr in China würde in der That den Wegfall der zweiten Klausel des erwähnten Abkommens in sich schließen. Vertragsmäßige Rechte der Briten in China würden jedoch durch keinerlei Entscheidungen einer Majorität von Gesandten in Peking berührt werden. Die britische Regierung habe dieser Modifikation der britischen Vertragsrechte zugestimmt.

Konstantinopel, 5. August. (W. T. B.) Einer Meldung aus Dscheddah zufolge griffen Araber die Eskorte des Vali von Hedschas an, welcher in die Provinz reiste, und nahmen eine Kolonne fort.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 181. 18. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Dienstag, 6. August 1901.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Parteigenossen geben wir hiermit bekannt, daß am Donnerstag, den 22. August, in Berlin die Parteiversammlungen stattfinden, in welchen zum Parteitag und zur Brandenburger Konferenz Stellung genommen werden soll, sowie die Wahl der Delegierten stattfindet. Die Parteigenossen und die Leiter von Gewerkschaften werden ersucht, an diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen. Die Vertrauensleute.

Zweiter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 8. August, die Verteilung des Flugblattes gegen den Brotwucher stattfindet. Gleichzeitig werden die Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß die Petitionslisten gegen die Lebensmittelverteuerung vom 11. August an in Umlauf gebracht werden. Es ist die Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen sich hieran zu beteiligen und in den bekannten Stellen einzufinden. Die Vertrauensleute.

Fünfter Wahlkreis. Die Parteigenossen werden gebeten, sich zu der Flugblattverbreitung am Donnerstagabend 7 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden:

Eichhorn, Greifswalderstr. 3; Scholz, Meyerbeerstr. 9; Knötsch, Hirtenstr. 10; Wittschow, Elsasserstr. 68; Opitz, Elsasserstr. 58.

Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Die Vertrauensleute.

Sechster Wahlkreis. Der Wahlverein hält am Mittwoch, den 7. August, in Ballschmieders Lokal, Badstr. 16, seine Generalversammlung ab. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Der socialdemokratische Wahlverein in Johannisthal hält seine Mitgliederversammlung am Dienstag, den 6. August, abends 8½ Uhr, im Lokale von Mertins ab. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Mezner über: Die Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen. Wahl von Delegierten zur Generalversammlung. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Am Donnerstag, den 8. August, findet in unserm Ort eine Flugblattverteilung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich in den Lokalen Chausseestr. 104 bei Vagel und Lankwitzerstraße bei Frömming abends 7½ Uhr zu erscheinen.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden auf die am Mittwoch, den 7. August, abends 8 Uhr, bei Obst, Meiningerstraße, stattfindende Parteiversammlung aufmerksam gemacht. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.) — Gleichzeitig geben wir bekannt, daß am Donnerstagabend 7 Uhr eine Flugblattverteilung stattfindet. Die nähere Bekanntgabe der Lokale erfolgt morgen.

Socialdemokratischer Wahlverein für Rixdorf. Die Parteigenossen werden ersucht, in folgenden Zahlstellen ihre restierenden sowie laufenden Beiträge zu entrichten: Köpke, Restaurant, Karlsgartenstraße 1; Reyerau, Cigarrengeschäft, Hermannstr. 50; Zibell, Restaurant, Reuterstr. 54a; Höpfner, Cigarrengeschäft, Leinestr. 34; Herrmann, Cigarrengeschäft, Kirchhofstr. 1; Preil, Restaurant, Rosenstraße 24; Beetz, Restaurant, Knesebeckstr. 135; Preßler, Restaurant, Zietenstr. 69; Hahn, Restaurant, Wißmannstr. 10; Günther, Cigarrengeschäft, Kopfstr. 39; Schmidt, Restaurant, Mainzerstraße 6; Schulz, Restaurant, Bergstr. 81; Grünewald, Restaurant, Richardstr. 13; Jähnke, Cigarrengeschäft, Kottbuser Damm 88. Außerdem machen wir die Parteigenossen auf die am Sonntag, den 11. August, im Apollo-Theater, Hermannstr. 50, stattfindende Gedenkfeier für unsren verstorbenen Vorkämpfer Wilhelm Liebknecht aufmerksam. Oeffentliche Kasse findet nicht statt und hat sich ein jeder vorher mit Billets, welche in sämtlichen Zahlstellen, bei den Bezirksführern und Vorstandsmitgliedern zu haben sind, zu versehen. Das Programm ist ein dem Ernst des Tages entsprechendes, so daß wir zahlreichen Besuch erwarten. Der Vorstand.

Lokales.

Auch eine „Berichtigung"!

Der Vorsitzende des Apothekervereins, Herr Marggraff, fühlt die Verpflichtung, seinem Kollegen Schade und den andern für das Apothekerflugblatt verantwortlichen Herren zu Hilfe zu kommen. Er sendet uns deshalb einen längeren Brief, von dem Gebrauch zu machen er uns anheimstellt, und aus dem wir daher hier den wesentlichen Inhalt — allerdings unter entsprechender Kritik — wiedergeben wollen.

Herr Marggraff bestreitet im Eingang seiner Ausführungen die Richtigkeit unsrer Behauptung (vergl. „Vorwärts" Nr. 178):

„daß ..... Herr Marggraff selbst zu „erheblich abweichenden Zahlen" gekommen ist" (nämlich als das Flugblatt: „der Wahrheit die Ehre!")

Formell ist damit Herr Marggraff im Recht, denn ausgesprochen oder niedergeschrieben hat er diese „abweichenden Zahlen" nicht. Aber eben auch nur formell! Denn man kann zunächst ohne weiteres aus den Zahlen, die Herr M. in der „Soc. Praxis" gegeben hat, berechnen, daß bei den von uns aufgeführten Kassen, die etwa ein Viertel der Berliner Kassenmitglieder umfassen, die reinen „Arzneiausgaben" pro Kopf ganz wesentlich die von Herrn Schade angegebenen Zahlen übersteigen. Ferner hat Herr M. aber in seinem Aufsatz selbst der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man aus seiner Aufstellung im allemeinen das Verhältnis der reinen „Arzneikosten" zu den Kosten für „Arznei und sonstige Heilmittel" ersehen könne. M. berechnet dabei die Ausgaben für „sonstige Heilmittel" auf 31,7 Proz. der Gesamtausgaben. Danach verbleiben also 68,3 Proz. für reine „Arznei-Ausgaben". Und da im Jahre 1899 in Berlin auf den Kopf des Kassenmitgliedes 3,77 M. an Ausgaben für „Arznei und sonstige Heilmittel entfielen, ergiebt sich aus M.'s Berechnungen ohne weiteres, daß davon rund ⅔ oder 2,50 M. auf eigentliche Arzneikosten entfallen. Das ist eine von der Angabe des Apotheker-Flugblattes — 1,90 M. pro Kopf — „erheblich abweichende Zahl". Herr M.'s Richtigstellung betrifft also nur die Form, und wir wären sachlich und formell berechtigt gewesen zu schreiben, daß aus den Berechnungen des Herrn Marggraff selbst sich als unabweisliche Schlußfolgerung „erheblich abweichende Zahlen" ergeben.

Mit dieser redaktionellen Aenderung ist aber für Herrn Schade und Kollegen wenig oder nichts gewonnen. Das sieht auch Herr Marggraff ein, und deswegen versucht er, seinen Mitstreitern in andrer Weise beizuspringen. Mit einer Kühnheit, die ihres gleichen sucht, nimmt er daher eine schon während der „Einigungsverhandlungen" gemachte Behauptung auf, daß in den Summen, welche er in seinem Aufsatz für die reinen „Arzneikosten" giebt, auch „die zahnärztlichen Leistungen mit einbegriffen seien und wenn man die Kosten abzöge, wohl 1,90 M., wie beim Gewerks-Krankenverein herauskommen würden".

Diese Behauptung stellt Herr Marggraff — vorausgesetzt, daß er seinen Aufsatz in der „Socialen Praxis" selbst geschrieben, oder auch nur selbst gelesen hat — wider besseres Wissen auf! Denn er selbst überschreibt in diesem seinen Aufsatz die betreffende Zahlenreihe: „Es zahlten im Jahre 1898: ... für Arzneimittel an die Apotheken."

Das allein würde schon zum Beweise unsrer Behauptung genügen! Herr M. hat aber ferner seine Zahlen über den reinen Arzneiverbrauch der Krankenkassen offenbar von dem Abrechnungsbureau empfangen, welches der Apothekerverein für seinen Verkehr mit den Krankenkassen unterhält. Denn in den Veröffentlichungen des „Statistischen Amts" finden sich darüber keine Mitteilungen und auch die Jahresberichte der betreffenden Kassen enthalten nur zum Teil diesbezügliche Angaben. Gehen aber M.s Mitteilungen auf diese Quelle zurück, dann ist eben ausgeschlossen, daß „auch die zahnärztlichen Leistungen mit einbegriffen" sind; oder benutzen etwa auch Zahnärzte das Abrechnungsbureau des Apothekervereins?

Im übrigen hat sich Herr M. mit der Aufstellung dieser unwahren Behauptung ganz unnütze Mühe gemacht, — und zwar infolge eines bezw. zweier Rechenfehler. Bei der Berechnung dessen, was die 8 Krankenkassen zusammen für „Arznei und sonstige Heilmittel" und dessen, was sie nur „für Arznei an Apotheken" bezahlen, hat sich Herr Marggraff oder sein Beauftragter jedesmal um 100000 Mark geirrt — offenbar eine Kleinigkeit für den Besitzer der „Roten Apotheke"! — und dadurch dann gefunden, daß diese Krankenkassen pro Kopf 1898 nur 2 Mark 18 Pfennige an reinen „Arzneikosten" zahlten. Da war natürlich die Verführung sehr groß, durch Abzug eines Betrags für zahnärztliche Leistungen völlige Uebereinstimmung mit den Zahlen des Herrn Schade zu erzielen. Bei richtiger Berechnung ergiebt sich aber, daß diese Kassen 1898 pro Kopf nicht 2 M. 18 Pf., sondern 3 M. 9 Pf. für Arznei an Apotheken zahlten. Und das sind unbestreitbar „erheblich abweichende Zahlen", die man auch durch das Manöver mit den zahnärztlichen Leistungen nicht auf die Höhe der Schadeschen Zahlen herunterdrücken kann!

Alles in allem ist also der Brief des Herrn Marggraff wirklich ein interessantes Aktenstück!

Ein unerreichbarer Rettungskahn liegt an der Weidendammer Brücke. Der Zugang zu dem Boote ist von der Friedrichstraße aus belegen und wird durch eine eiserne in die Ufermauer eingelassene Stehleiter ermöglicht. Der Abstieg zu dem Kahn ist für Personen, die nicht hervorragende Turner sind, so schwer und gefährlich, daß sie selbst in Gefahr des Absturzes geraten, das Besteigen des Bootes aber jedenfalls erheblich verzögert wird. Im Gebrauchsfalle würde hierdurch und durch das Lösen des Rettungskahnes soviel Zeit vergehen, daß die Rettung eines in Gefahr des Ertrinkens befindlichen Menschen mit demselben fast unmöglich erscheint.

Eine neue Waldsperre in der Umgebung von Berlin ist infolge des rücksichtslosen Verhaltens des Publikums verhängt worden. Das Betreten der zum Rittergut Hermsdorf an der Nordbahn gehörigen Waldungen außerhalb der öffentlichen Wege ist seit dem 1. August verboten; Zuwiderhandelnde werden auf der Stelle gepfändet und zur Bestrafung angezeigt. Diese Maßregel ist deshalb angeordnet worden, weil vor kurzem durch Bubenhände der Verschluß des Hermsdorfer Soolquellenbrunnens gewaltsam entfernt und das Brunnenrohr mit Steinen und Erde verstopft worden ist.

Die heißen Tage des Juli haben wieder eine sehr bedeutende Zunahme der Verdauungskrankheiten gebracht. Magen- und Darmkatarrh, Diarrhoe und Brechdurchfall standen in den letzten Wochen unter den Todesursachen an erster Stelle. Nach den bis jetzt veröffentlichten Wochenberichten des Berliner Statistischen Amtes starben in den vier Wochen von Sonntag den 30. Juni bis Sonnabend den 27. Juli an Magen- und Darmkatarrh 13, 26, 40, 52 Personen, an Diarrhoe 34, 47, 68, 78 Personen, an Brechdurchfall 30, 57, 74, 134 Personen. Die an diesen Krankheiten Gestorbenen waren größtenteils Kinder des ersten und zweiten Lebensjahres.

Das nach den letzten Gewittern eingetretene große Fischsterben hat die Aufmerksamkeit der Behörden hervorgerufen und es dürfte jedenfalls eine Untersuchung behufs Feststellung der Ursachen jener Erscheinung eingeleitet werden. Das Massensterben ist nicht nur sofort nach den stattgehabten Gewittern, sondern auch teilweise mehrere Tage später und an verschiedenen Orten beobachtet worden. Es liegen derartige Meldungen von der Oberspree (Erkner), Unterspree (Charlottenburg), Havel (Rathenow, Potsdam und Brandenburg) vor. Unter den trepierten Tieren befanden sich auch zahlreiche große und widerstandsfähige Fische, Hechte im Gewicht bis drei Pfund, große Barsche usw. Aale sind, wie hervorzuheben sei, nicht unter den tot treibenden Fischen bemerkt worden.

Haftpflicht der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Der „Fall Rosal" erregte seiner Zeit allgemeines Aufsehen und nahm fernerhin das besondere Interesse der Fuhrwerksinteressenten in Anspruch. Am 4. Juli 1900 erfolgte in der Müllerstraße ein Zusammenstoß zwischen dem Motorwagen Nr. 1006 der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft und der von dem Kutscher Rosal geführten Droschke 1. Klasse Nr. 4786. Infolge dieses Zusammenstoßes wurde nicht nur die Droschke vollständig zertrümmert, sondern auch Rosal von dem Kutscherbocke zunächst in das Innere der Droschke und sodann auf den Straßendamm geschleudert. Bei diesem Sturze trug Rosal eine schwere Rippenquetschung, sowie noch andre Verletzungen davon. Derselbe ist heute noch nicht völlig wiederhergestellt und erscheint es fraglich, ob eine völlige Gesundung möglich ist. Da Rosal im Beruf verunglückt ist, bezieht derselbe wegen gänzlicher Erwerbsunfähigkeit von der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft seit dem 4. Oktober 1900 die Unfall-Vollrente mit 67,50 M. monatlich. Trotz der nachgewiesenen Verschuldung des Motorwagenführers an dem Unfall ließ die „Große" sich dennoch erst auf dem Klagewege zur Anerkennung ihrer Haftpflicht zwingen. Nachdem über ein Jahr seit dem Unfall vergangen, hat sich nunmehr die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft endlich bereit erklärt, an Rosal zu dem Betrage der Vollrente einen monatlichen Zuschuß in Höhe von 32,50 M. und zwar vom 4. Oktober 1900 an zu zahlen. Ohne Klage geht's nun einmal nicht!

Einer furchtbaren Katastrophe sind in der Nacht zum Montag die Fahrgäste eines Straßenbahnzuges der Ringbahn nur mit knapper Not entgangen. Ueber den Vorfall wird uns von einem Augenzeugen mitgeteilt: Gegen ½12 Uhr nachts fuhr ein stark besetzter mit offenem Anhänger versehener Straßenbahnzug der Ringbahn über den Landsberger Platz und passierte in mäßiger Geschwindigkeit die Geleisekreuzung, als von der Landsbergerstraße her ein Motorwagen der Straßenbahnlinie Waßmannstraße—Hohen-Schönhausen der Nürnberger Gesellschaft mit größter Schnelligkeit herangesaust kam. Ein Zusammenstoß schien unvermeidlich und im nächsten Augenblick mußte der Motorwagen durch den Anhänger der Ringbahn hindurch jagen. Ein zufällig anwesender Controleur der Großen Berliner, der die Gefahr erkannte, rief dem Führer des letzteren Straßenbahnwagens zu: „Auf Kraft fahren". Das geschah auch, es konnte aber trotzdem nicht verhindert werden, daß der Kraftwagen der Nürnberger Gesellschaft den Ringbahnzug streifte. Der einer sicheren Todesgefahr entronnenen Passagiere bemächtigte sich eine solche Aufregung, daß sie gemeinsam mit den Straßenpassanten versuchten, den schuldigen Führer vom Waggon herunterzureißen. Hinzukommende Schutzleute vermochten nur mit Mühe den Straßenbahnbeamten vor der Wut des Publikums zu schützen.

Ein Baumfall ereignete sich gestern nachmittag ½4 Uhr auf dem Bau in der Wusterhausenerstraße, den die frühere Direktion der Diana-Säle zur Ausführung übernommen hat. Um die angegebene Zeit waren die Zimmerer damit beschäftigt, einen schweren eisernen Bestandteil der Winde (Kloben), mit welcher die Balken emporgewunden werden, auf die Rüstung der zweiten Etage zu tragen. In dieser Etage ist die Rüstung vollkommen ungenügend und so geschah es, daß, als der Arbeiter die schwere Last abwarf, das viel zu schwache Brett federte, dem es noch an genügender Auflage fehlte und das schwere Stück Eisen herunterfiel. Auch in der ersten Etage hielt die Rüstung nicht stand und so fiel der herabfallende Gegenstand bis ins Erdgeschoß. Hier befand sich ein Bauarbeiter, der mit dem Abladen von Schaalbrettern beschäftigt war. Das herabfallende Stück Eisen traf ihn so unglücklich, daß er eine schwere Verletzung am Kopf davontrug. Besinnungslos mußte der Unglückliche nach der Unfallstation überführt werden. Der Name des Verunglückten konnte vorläufig noch nicht ermittelt worden, da der Verletzte von einer andren Firma erst am Nachmittag hier in Arbeit getreten war. Von fachmännischer Seite wird die ganze Bauausführung als überaus leichtfertig bezeichnet. Es fehlt sowohl an gutem Material als auch an einer vorschriftsmäßigen festen Rüstung. Hoffentlich greift die Behörde ein, im andren Fall ist die Wiederholung ähnlicher schwerer Unfälle nicht ausgeschlossen.

Das Opfer des Hitzschlags, das in der Rostockerstraße 8 vor der Wohnung der Postschaffnerfrau Scherger vom Tode überrascht wurde, ist jetzt festgestellt als eine 32 Jahre alte, aus Kleinitz im Kreise Grünberg gebürtigte Verkäuferin aus der Berlinerstraße 13 zu Tempelhof, die sich im April d. J. verlobt hatte und um einen Besuch bei Verwandten in Schöneberg nach Berlin gekommen war.

Durch eine Tasse Kakao tödlich verbrüht ist die 1½ Jahre alte Tochter Gertrud des Schlossers Dremel aus der Kastanien-Allee 78. Die Kleine riß, als die Mutter auf einen Augenblick das Zimmer verlassen mußte, eine Kakaotasse vom Tisch. Der heiße Inhalt ergoß sich über Brust und linken Arm und verbrühte sie so schwer, daß sie nach kurzer Zeit starb. Die Leiche wurde zur gerichtsärztlichen Oeffnung beschlagnahmt.

Der Genuß kalten Bieres hat dem 38 Jahre alten Arbeiter Franz Hoppe, der in der Koblankstr. 14a wohnte und in der Centralmarkthalle als Abträger beschäftigt war, das Leben gekostet. Hoppe trank am Mittwochmittag, als er sehr erhitzt war, mit großer Hast ein Glas Bier und erkrankte bald darauf so schwer, daß er mit einer Droschke nach Hause und von dort nach einer Anstalt fahren mußte. Hier starb er an einer Bauchfellentzündung.

Durch einen Sturz aus der Droschke tödlich verunglückt ist am Sonnabendabend die 42 Jahre alte Rittergutsbesitzerin Gräfin Victoria Jezierska geb. Gräfin Tyszkiewicz, die aus Minsk gebürtig ist und in Warschau wohnte. Die Gräfin befand sich mit einem Reisebegleiter auf der Durchreise in Berlin und wollte abends kurz vor 10 Uhr mit einer Droschke vom Bahnhof nach dem Hotel Continental fahren. In der Neustädtischen Kirchstraße lehnte sie sich zu weit aus dem Wagen hinaus und stürzte auf die Straße. Mit schweren inneren Verletzungen wurde die Verunglückte bewußtlos in ein Krankenhaus und gleich in den Operationssal gebracht, aber schon nach einer Viertelstunde starb sie an einer Lungenlähmung.

Um einen Fluchtversuch vorzubereiten, hat sich ein 32 Jahre alter Metallschleifer Rudolf K. in schwere Lebensgefahr gebracht. K. sitzt seit Mitte Juni wegen Betrugs in Untersuchungshaft. Er bestreitet seine Schuld und behauptet, daß der Mann, der ihn angezeigt habe, geisteskrank sei. Dennoch mag er an einem günstigen Ausgang der Angelegenheit wohl zweifeln, und so kam er, um Gelegenheit zur Flucht zu erhalten, auf einen seltsamen Gedanken. Aus Papierstreifen drehte er eine Anzahl Röhrchen und schob diese so tief in die Harnröhre ein, daß sie nicht mehr herauszubringen waren. Ein quälendes Leiden war die Folge, und es wurde so schlimm, daß man den Patienten vom Lazarett des Untersuchungsgefängnisses nach einem Krankenhaus überführen mußte, um die bereits eingetretene unmittelbare Lebensgefahr durch eine Operation zu beseitigen. Als er nun den Krankenwagen verlassen hatte und nach Erledigung der Aufnahmeförmlichkeiten auf die Station gebracht werden sollte, wandte er sich plötzlich um und suchte dem Wärter zu entlaufen. Andre Wärter hielten ihn jedoch fest und vereitelten seine Absicht.

Der Sauden-Krach hat wiederum ein Opfer gefordert. Der 65 Jahre alte Rentner Karl Linge, der mit seiner Familie seit einiger Zeit in der Florastr. 50 zu Pankow wohnte, hatte den größten Teil seines Vermögens, von dem er lebte, bei der Preußischen Hypothekenbank angelegt. Er hatte zwar nicht alles eingebüßt, aber doch nicht genug gerettet, um seine gewohnte Lebensweise beibehalten zu können. Auch sein Sohn konnte, wenn er auch in auskömmlichen Verhältnissen lebt, den Verlust nicht ausgleichen. So lebte denn der betagte Mann in beständiger Sorge, zumal da bei seinem hohen Alter nicht daran zu denken war, daß er durch neuen Erwerb die Folgen des unerwarteten Schlags wieder hätte wettmachen können. Die Sorge um die Zukunft brachte ihn auf Selbstmordgedanken, die ihn nicht wieder los ließen. Als er am Sonnabend um 6 Uhr nachmittags einen Augenblick allein war, griff er rasch zur Schlinge und zum Revolver. Mutter und Kinder hörten einen Schuß krachen und fanden den Lebensmüden mit einer Wunde in der rechten Schläfe daliegen. Der Sohn, der eben zu Mittag gegessen hatte, befreite den Verwundeten aus der Schlinge und brachte ihn nach Berlin in ein Krankenhaus. Aber die Kunst der Aerzte konnte ihn nicht mehr retten. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb der Verletzte schon am Sonntagmorgen.

Ein Schiffsunfall auf der Oberspree, der sich am Sonntag früh um 5¼ Uhr ereignete, hatte eine große Bestürzung unter den zahlreichen Passagieren des Dampfers „Lydia", der Gesellschaft Kahrt u. Herzer gehörig, hervorgerufen. Um 4 Uhr am Sonntag früh kehrten die Brauer von ihrer Mondscheinfahrt, die sie am Sonnabendabend unternahmen, vom Müggelheim zurück. Als man in der Gegend von Köpenick sich befand, wurden die halbschlaftrunkenen Passagiere des Dampfers in der hinteren Kajüte durch ein donnerndes Getöse aufgeschreckt und im nächsten Augenblick drang durch die Leitung der Schraubenwelle, die sich in der Mitte des Schiffes befindet, das Wasser ein. Allem Anschein war die Welle gebrochen. Wie leicht begreiflich, entstand nun in der Kajüte, die zum Glück nicht voll besetzt war, eine große Panik, da sofort alles dem Ausgang zustürzte. Oben war man über den Unfall garnicht orientiert, aber durch das Geschrei der Kinder und Frauen entstand auch hier eine beängstigende Unruhe, die sich erst legte, als der Dampfer sicher an einer alten Landungsbrücke anlegte und die Passagiere aussteigen ließ. Alles ging ohne Unfall ab und nachdem die letzten das Schiff verlassen, sank es langsam auf den Grund. Die Passagiere mußten per Bahn nach Berlin zurückkehren.

Durch einen Sturz in eine Kalkgrube ist am Sonnabend kurz vor Feierabend der 54 Jahre alte Arbeiter August Rüdiger aus der Goltzstraße 29 zu Schöneberg schwer verunglückt. Der Mann stand beim Kalklöschen auf dem Neubau auf einem Brett und fiel in die heiße Masse hinab. Er zog sich am Gesicht, an den Armen und an den Beinen schwere Brandwunden zu, und auch die Augen wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Krankenhauswärter zog den Verunglückten aus der Grube heraus und brachte ihn in eine Anstalt. Ob ihm die Sehkraft erhalten werden kann, läßt sich noch nicht sagen.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag in der Restauration von Karl Balzer, Schwedterstr. 18/19, Ecke Chorinerstraße, verübt. Der Dieb ist durch den Keller in das Geschäftslokal eingedrungen und hat hier außer Eßwaren, Cigarren, Liqueuren und Wein auch ein Jackett des Wirts und einen Betrag von Wechselgeld mitgehen heißen.

Der Bund der Kaninchenzüchter für die Provinz Brandenburg (Sitz Berlin) veranstaltet am 14.—16. September 1901 in den Räumen des Etablissements Buggenhagen, Berlin S., Moritzplatz, seine erste Bundes-Ausstellung, an der alle in der Provinz existierenden Kaninchenzüchter teilnehmen können. Die Anmeldung von Kaninchen hat bis 1. September 1901 zu erfolgen. Nähere Auskunft erteilt Herr Lofinsky, Berlin NO., Weinstr. 20.

Orgelvortrag. Mittwoch, den 7. August, mittags 12 Uhr, hält der Musikdirektor Otto Dienel einen Orgelvortrag in der Marienkirche, den Frau Alma Pankenin-Aderhold, Frau Emmy Maria Ehrenhorst, Fräulein Marta Gietzdorf, Herr Konrad Huldschinsky (Cello) und Herr Hans Genzel unterstützen. Der Eintritt ist frei.

Das 10. Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend fand am Sonntag in „Schloß Weißensee“ statt. Der Besuch war ein außerordentlich zahlreicher. Bereits am Morgen begann eine kleine Wanderung, die am Nachmittag bedeutend anschwoll. Es mögen wohl an 30 000 Personen anwesend gewesen sein, eine solch große Menge, daß trotz der Größe des Gartens an manchen Stellen ein förmliches Gedränge entstand. Der Festzug der Sänger, der gegen 4 Uhr nachmittags stattfand, machte einen imposanten Eindruck. Bunt flatterten die zahlreichen Banner in dem prächtig dekorierten Garten über die Schar frohgestimmter Sänger, wie überhaupt das ganze Fest in guter Sangesharmonie verlief. Der Massengesang der 2000 Sänger, der von dem Bundesdirigenten Herrn Globel geleitet wurde, fand eine begeisterte Aufnahme. Gar mächtig brausten die Freiheitsklänge durch das große Gartenlokal überall ein freudiges Echo bei den Zuhörern hinterlassend.

Daneben mag der aufopfernden Thätigkeit der Samariterkolonne gedacht werden, die in 42 Fällen bereitwilligst ihre Hilfe einsetzte, und auch der Arbeiter-Schwimmerbund waltete seines Amts mit anerkennenswertem Eifer. Nur ein Mißton fiel in die Festesstimmung. Die Polizei konnte es sich nicht versagen, zwei Händler, die mit Druckschriften handelten, zu arretieren. Im übrigen amüsierte sich Jung und Alt aufs beste, da es an Vielseitigkeit der Belustigung durchaus nicht fehlte.

Feuerbericht. Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam Sonntagabend 10 Uhr in dem neuerbauten Hause Fürthstraße 10 aus. Da das Grundstück auf Wilmersdorfer Gebiet liegt, so waren außer der Ortswehr auch diejenigen von Charlottenburg und Schöneberg herbeigeeilt, auch ein Berliner Löschzug war alarmiert, trat aber nicht in Thätigkeit. Mit unheimlicher Schnelligkeit hatte das Feuer um sich gegriffen und bei Ankunft der ersten Löschzüge bereits den gesamten Dachstuhl des Vorderhauses erfaßt. Ein frischer Wind begünstigte sogar das Ueberspringen der Flammen auf das Dach des linken Seitenflügels, so daß es der angestrengtesten Arbeit bedurfte, um ihnen wenigstens hier den Weg abzuschneiden. Die aus dem Brandherde emporschießenden Flammen beleuchteten den Himmel blutigrot und lockten eine große Menschenmenge herbei, die sich erst verzog, als nach 1½stündiger Löschthätigkeit mittels sechs Schlauchleitungen die Hauptgefahr beseitigt war. Der ganze Dachstuhl des Vorderhauses, sowie ein Teil vom Dache des Seitenflügels wurden eingeäschert, und hatte die Ortswehr noch stundenlang mit Aufräumungsarbeiten zu thun. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. — Zur selben Zeit war Danckerstraße 79 ein größerer Dachstuhlbrand abzulöschen. Kurz nach 9 Uhr brannte Kommandantenstraße 46 die Markise eines Friseurgeschäftes lichterloh. Die Veranlassung wird auf einen brennenden Cigarrenstummel zurückgeführt. Preßkohlenbrände erfolgten am Sonntag Brombergerstraße 15, Elisabethufer 46 und auf dem Moabiter Güterbahnhof.

Aus den Nachbarorten.

Ueber den angeblichen Selbstmord einer Berlinerin in Hangelsberg, wir berichteten bereits darüber, sind der hiesigen Kriminalpolizei am Sonnabend Mitteilungen zugegangen, welche zu eingehenden Recherchen Veranlassung geben, da der Verdacht eines an dem Mädchen begangenen Mordes wesentlich durch diese Anzeige verstärkt worden ist. Wir erfahren hierüber folgende Einzelheiten:

Die Verstorbene ist die 17jährige Martha Grün, Tochter des in der Hagelsbergerstr. 55 wohnenden Tischlers F. Grün, welche mit ihrer Dienstherrschaft, einer Familie Lange aus der Dresdenerstraße, seit einigen Wochen in der erwähnten Sommerfrische weilte. Wie aus einem, noch am Dienstag bei ihren Eltern eingetroffenen Briefe hervorgeht, fühlte sich das Mädchen in ihrer Stellung sehr wohl. Gegen ½9 Uhr abends desselben Tages ging die G. mit einem Kruge von der Villa nach der Spree hinunter, um Wasser zu schöpfen, und von diesem Gange ist sie nicht zurückgekehrt. Man fand den Leichnam am nächsten Morgen in einer kleinen Bucht stromaufwärts im Wasser liegend. Die Leichenschau-Kommission gab als Todesursache „Herzschlag infolge Erstickens im Wasser“ an. Als die sofort benachrichtigten Eltern in Hangelsberg eintrafen, war die Tochter bereits eingesargt. Da ihnen seitens Einwohnern der Sommerfrische angedeutet wurde, daß das Mädchen wohl nicht freiwillig gestorben, sondern anscheinend gewaltsam ertränkt worden sei, umsomehr, als Strolche schon des öfteren junge Mädchen am Ort belästigt haben sollten, wendete sich Herr G. an die Staatsanwaltschaft in Fürstenwalde mit der Bitte, eine nochmalige Untersuchung und Leichenschau vornehmen lassen zu wollen. Die Bitte wurde jedoch abgelehnt und die Beerdigung fand statt. Erst später meldeten sich bei den tiefgebeugten Angehörigen Berliner Sommergäste aus H., welche baten, die Sache nicht ruhen zu lassen, da sie in der Lage wären, weitere die Möglichkeit eines Mordes erhärtende Aussagen zu machen. Darauf wurde seitens der Eltern der G. die Fundstelle besichtigt und sie fanden bei einer genauen Absuchung daselbst einen Hemdenkragenknopf und einen offenbar aus einem Rock gewaltsam herausgerissenen Knopf, an dem sich noch ein Fetzen Tuch befindet. Diese letzteren Gegenstände sind am Sonnabend der Kriminalpolizei übergeben worden, welche nun sofort die nötigen Schritte gethan hat, um die dringend erforderliche Aufklärung zu schaffen.

Ein neuer Bahnhof der Nordbahn ist am Freitag in Reinickendorf-Rosenthal seiner Bestimmung übergeben worden. Der alte Bahnhof genügte bei weitem nicht mehr für den bedeutend gesteigerten Verkehr; er ist mit Eröffnung der neuen Bahnhofsanlagen eingegangen.

Epidemieen in der Umgegend Berlins. Laut Bekanntmachung des Landrats von Treskow ist in Kalkberge-Rüdersdorf eine Diphtheritis-Epidemie und in Neu-Weißensee eine Scharlach-Epidemie ausgebrochen. Demzufolge ist für den Umfang des Amtsbezirks Kalkberge-Rüdersdorf und des Gemeindebezirks Neu-Weißensee auf Grund der Paragraphen 9, 14 und 59 des Regulativs für das bei ansteckenden Krankheiten zu beobachtende Verfahren vom 8. August 1835 unter Androhung der gesetzlichen Strafen die allgemeine Anzeigepflicht angeordnet worden.

Die Wohnungsnot in Spandau und die Behörden! Aus Spandau wird uns geschrieben: Ueber so manche Eigenarten des Spandauer Magistrats ist bereits berichtet worden, bekannt ist auch sein Auftreten gegen die in einem hiesigen städtischen Gebäude untergebrachten obdachlosen Familien. Nachdem sämtliche Obdachlose nebst ihrem Hausrat vor einigen Wochen eines Tages aus dem städtischen Obdach auf die Straße gesetzt wurden, mit Einbruch der Nacht dann aber wieder ihren Einzug halten konnten, beschwerten sich unsre Genossen telegraphisch beim Regierungspräsidenten in Potsdam, der auch sofort einen Kommissar nach Spandau entsandte, welcher jedoch, nachdem er seine Erkundigungen beim — — Magistrat eingezogen, die Maßnahmen des Magistrats ge—billigt haben soll. Am 9. Juli ersuchte die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion den Regierungspräsidenten schriftlich um Gewährung einer Audienz, zwecks Entgegennahme von Beschwerden gegen die städtischen Behörden Spandaus. Am 30. Juli erging auf dieses Schreiben der folgende Bescheid:

Der königliche
Regierungspräsident.

Potsdam, den 25. Juli 1901.

Zum Schreiben vom 9. Juli 1901.

Da seitens des dortigen Magistrats geeignete Maßnahmen in Erwägung genommen sind, um einer eintretenden Obdachlosigkeit nach Möglichkeit vorzubeugen, verzichte ich zur Zeit auf eine mündliche Erörterung dieser Angelegenheit.

In Vertretung.
(Unterschrift unleserlich.)

An Herrn Stadtverordneten E. Rieger
in Spandau.

Inzwischen hat das Auftreten der Polizeibehörde gegen die Obdachlosen immer merkwürdigere Formen angenommen. Z. B. sind, wie uns mitgeteilt wurde, mehrere Strafmandate gegen obdachlose Familienväter wegen Uebertretens „polizeilicher Hausvorschriften“ erlassen worden, so angeblich in einem Falle, weil der Betreffende, da er keinen Hausschlüssel hat — keinem der untergebrachten Obdachlosen ist ein Hausschlüssel eingehändigt worden — um ins Freie zu gelangen, durch ein Fenster stieg!

Die Polizei drohte auch den bereits erwerbsthätigen Kindern zweier Obdachlosen, der 17jährigen Tochter einer Witwe, Mutter von sieben Kindern, und dem 14jährigen Sohne eines Arbeiters, Vater von sechs Kindern, mit sofortiger Einsperrung und Bestrafung wegen Hausfriedensbruchs, falls diese Kinder sich beikommen lassen sollten, das elende Unterkommen ihrer Eltern und Geschwister noch weiter mit diesen zu teilen, anstatt sich ein eignes Unterkommen zu beschaffen. Dabei tragen diese Kinder ihren Verdienst redlich zum Unterhalt ihrer zahlreichen Geschwister bei; und überdies ist es diesen beiden obdachlosen Familien endlich geglückt, zum 1. Oktober eine Wohnung zu mieten, was der Behörde nicht unbekannt sein kann!

Vor einigen Tagen machte die Polizei ihre Drohung wahr und verhaftete den 14jährigen L., sowie dessen Vater eines Abends, als sie den Knaben bei seinen Eltern antraf, und behielt beide bis zum andren Morgen in Polizeigewahrsam. Die bürgerliche Lokalpresse teilte ausdrücklich mit, daß der Knabe verhaftet worden sei, weil er sich kein Unterkommen beschafft habe; den Vater habe das gleiche Schicksal getroffen, weil er (in seiner Wohnung) „gelärmt“ haben soll! (Der Lärm bestand darin, daß sich der Mann über den späten Besuch der Polizei, um ihr Begehren, den Knaben sofort zu entfernen, aufregte.) Dieses gesamte Verhalten der Behörden zu der ganz zweifellos in Spandau bestehenden Wohnungsnot beschäftigte am Sonnabend ein sehr gut besuchte Volksversammlung, in welcher Stadtv. Rieger referierte und die ganzen geschilderten Vorkommnisse und das absolut teilnahmslose, ja selbst feindliche Verhalten des Spandauer Kommunalfreisinns zu dieser Frage nach Gebühr geißelte. Stadtv. Pieper bekundete in der Diskussion, ebenso wie andre Redner, seine Entrüstung über das merkwürdige Auftreten der Behörden. Schließlich wurde einstimmig eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution angenommen, die geharnischten Protest gegen die Geschehnisse und gegen den Standpunkt des Regierungspräsidenten einlegt, der es ablehnt, sich bei unparteiischen Kennern der wirklichen Verhältnisse zu informieren, und seine Information einzig beim Magistrat einholt, gegen den sich eben die ganzen Beschwerden richten. Die Versammlung forderte dringend das sofortige Eingreifen der Kommune behufs Herbeiführung gesunder Wohnungsverhältnisse im Sinne der abgelehnten Anträge der socialdemokratischen Stadtverordneten. Desgleichen beschloß die Versammlung, mit aller Kraft und Energie die Wahl socialdemokratischer Stadtverordneten zu betreiben! Wo so viel feindliche Faktoren sich redlich bemühen, durch Zusammentragen von Agitationsstoff Licht auch in den dunkelsten Köpfen zu verbreiten, da kann es unsrer Partei an guten Fortschritten nicht fehlen. Das ist die geheimnisvolle Kraft, die das Böse will, und das Gute schafft!

Nowawes. Bereits zum drittenmale beschäftigte sich die Gemeindevertretung in Nowawes mit der Wahl eines Mitgliedes zur Schuldeputation. Die bisher Gewählten wurden von einem außerordentlichen Mißgeschick verfolgt, indem sie das Malheur hatten, von der Regierung nicht bestätigt zu werden. Der zuerst gewählte freisinnige Webermeister Nimmig, der für die Volksschule wohl in besserndem Sinne gewirkt hätte, wurde nicht anerkannt, weil, wie ihm privatim mitgeteilt wurde, er einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft nicht angehört. Offiziell wurden die Gründe nicht angegeben. Als zweiter wurde unser Genosse K. Gruhl gewählt, von dem bekannt wurde, daß seine Kinder nicht konfirmiert sein sollten. Nunmehr ist auch diese Wahl nicht bestätigt worden. Gründe sind wiederum nicht angegeben. Wenn die Regierung sich nicht bald dazu bequemt, die Gründe anzugeben, dann könnten noch verschiedene Wahlen vor sich gehen, ohne daß den Wünschen derselben Rechnung getragen werden könnte. Bei der nunmehr vollzogenen dritten Wahl wurde der Fabrikbesitzer Nathan gewählt, der Jude ist, und haben wir demnach wohl die Aussicht auf eine vierte Wahl.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 6. d. Mts., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Versammlung. Tagesordnung: Holzbildhauer-Angelegenheiten.

Central-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (E. H. 26), Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin I. Hauptversammlung am Dienstag, den 6. d. Mts im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7. Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro 2. Quartal 1901. 2. Der Protest an den Centralvorstand (unterschrieben von 30 Mitgliedern) sowie dessen Ursache und Wirkung. 3. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. — Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. Nur Mitglieder sowie diejenigen Personen, welche nach § 18 des Statuts gewählt werden können, haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist dringend erforderlich, hauptsächlich sind die Mitglieder, die den Protest unterschrieben haben, verpflichtet zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 44. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aus Briefen von Engels an Marx. — Die Hilfsthätigkeitsbewegung. Von Friedrich Müller. — Pariser Theater. Von Dr. Felicie Rosing. — Der Kampf um die Volksschule in Oestreich. Von Irmtn. (Schluß.) — Die Jahresberichte der bayrischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren. Von Helene Simon. — Litterarische Rundschau: Männerchöre. Verlag von J. Günther, Dresden. Dr. Oskar Stillich, Die Spielwaren-Hausindustrie des Meininger Oberlandes. — Notizen: Die Einkommensverhältnisse Kopenhagens. — Feuilleton: Zum Gedächtnis Wilhelm Liebknechts. Von Robert Schweichel. (Fortsetzung.)

Vermischtes.

Ueber Hochwasserschäden laufen aus ganz Südbayern Meldungen ein. Von Binswangen bis Sonthofen sind infolge Hochwassers der Ostrach alle Fabriken und andre Gebäude unter Wasser gesetzt. Das Elektricitätswerk in Sonthofen sowie andre Industrie-Anlagen stellten den Betrieb ein. Durch einen Bergrutsch bei Thalkirchdorf wurde der Bahnbetrieb zwischen Kempten und Lindau zeitweise zerstört; er ist aber jetzt wieder offen. Die Iller führt bei Kempten das seit dem Jahre 1871 höchste Hochwasser. Zahlreiche Häuser in der Nähe des Flusses stehen unter Wasser. Auch die Isar zeigt hohen Wasserstand und hat die Isarauen bei München überschwemmt. Nach Meldungen aus Traunstein und Marquartstein richteten die Traun und die Achen Schaden an, indem sie teilweise die Straßen und Felder überschwemmten und die Hochwasserdämme durchbrachen. Außer den Lokalbahnen Sonthofen—Oberstdorf und Murnau—Partenkirchen ist auch die Lokalbahnstrecke Traunstein—Ruhpolding gestört.

In den Ortschaften Piltsch, Schlansewitz und Strudorf in Schlesien hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Die Hagelkörner erreichten eine Größe von Taubeneiern; auch aus andren Gegenden kommen Meldungen über enorme Schäden, die das Unwetter angerichtet hat. Auf der Besitzung des Bauerngutsbesitzers Gutsche in Groß-Kotzenau wurde ein Knecht und eine Magd vom Blitz getötet.

Aus Ungarn besagt eine Meldung: In der Umgegend von Oedenburg hat gestern ein furchtbarer Orkan großen Schaden angerichtet. In mehreren Ortschaften wurden Häuser eingerissen; viele Dächer wurden vom Sturm entführt. Ob Menschen umgekommen sind, ist noch nicht bekannt. — Aus Oberitalien kommt die Nachricht, daß am Sonnabend bei sehr niedriger Temperatur ausgiebige Regengüsse großen Schaden anrichteten. Viele Flüsse sind aus den Ufern getreten und haben zahlreiche Ortschaften überschwemmt. — In Südapulien endlich hat ein heißer Sirocco wind die Weinernte in drei Stunden vollständig zerstört.

Vom Blitz erschlagen wurde bei einem Gewitter am Freitag der Hirte Lehmann aus Holzdorf bei Luckenwalde. Er konnte vor dem plötzlich ausbrechenden Gewitter nicht mehr Schutz suchen und als er um am Abend nicht heimkehrte, fand man ihn am Sonnabendfrüh auf freiem Felde bei seiner Herde liegend tot vor. Der Erschlagene war die Stütze seiner Mutter und jüngeren Geschwister, nachdem im vorigen Jahre sein Vater von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet war.

Schiffbrüchige. Das „Morgenbladet“ meldet aus Vardö: Eismeerfischer mit 8 schiffbrüchigen Eismeerfahrern von den Schiffen „Strömen“ und „Familien“ sind hier eingetroffen. Die Schiffe sind in der Nähe von Nowoje Semlja vom Eis zerdrückt worden. Das Schicksal von 6 Mann ist unbekannt, während die übrige Mannschaft sich auf eine kleine Insel rettete, wo sie nach 14 Tagen von den Eismeerfischern aufgenommen wurde.

Eisenbahnunfall. Aus Offenbach wird berichtet: Am Montagvormittag 8 Uhr 50 Minuten fuhr in Oberrad von dem Lokalbahnzug Offenbach—Sachsenhausen Nr. 1518 vier Wagen infolge unzeitiger Umstellung der Eingangsweiche entgleist und teilweise erheblich beschädigt. Ein Wagen ist umgestürzt. An Personen sind verletzt: Schaffner Jockel (Bruch des Oberarms), Weinwirt Adolf Clemens aus Offenbach (Brustquetschung), Klavierlehrer M. Lüdecke aus Offenbach (innere Verletzungen), Frau Jonas Weber aus Offenbach (leichte Knie- und Handverletzung). Der Betrieb auf der Lokalbahn wird 6 bis 8 Stunden gesperrt sein. Die Untersuchung über den Unglücksfall ist eingeleitet.

Eine große Feuersbrunst hat, wie aus Stendal berichtet wird, in der vergangenen Nacht die Hälfte des Ortes Schelldorf eingeäschert. Elf Kossäthenhöfe, die Kirche und der Gasthof sind ein Raub der Flammen geworden, viel Vieh ist umgekommen.

Ertrunken im Seebad. Eine Verwandte des früheren Oberbürgermeisters Zelle ist in Ahlbeck ertrunken. Es handelt sich um ein junges Mädchen. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß bei einem Seesturm am Sonnabend mehrere Planken des Damenbades weggerissen wurden und so ein Loch entstand, durch welches das unglückliche Mädchen, als es in das Bassin stieg, weggeschwemmt wurde.

Der Luftschiffer Santos Dumont machte in Paris am Sonntagnachmittag einen neuen Aufstieg, doch mußte er wegen leichter Havarieen wieder landen.

Die in Aussicht genommene Wiederholung am Montag früh unterblieb, da die Witterung überaus ungünstig war.

Von Aerzten verhängte Sperre. Der Verein südholsteinischer Aerzte hat in seiner letzten außerordentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, daß kein Mitglied desselben den dem Dr. Schwarz seitens des Magistrats gekündigten Posten als Krankenhaus-, Armen-, Hospital- und Polizeiarzt in Oldesloe übernehmen darf. Die Kündigung erfolgte bekanntlich infolge von Differenzen, welche zwischen Dr. Schwarz und den die Pflege am Oldesloer Krankenhaus ausübenden Schwestern aus dem Altonaer Diakonissenhause bestehen.

In der Privatklagesache des Lehrers Berthold Welchel zu Konitz,

vertreten durch Rechtsanwalt Hahn zu Charlottenburg, Privatklägers, gegen den verantwortlichen Redacteur des „Vorwärts“, Robert Schmidt, hier, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das königliche Schöffengericht I in Berlin, Abteilung 150, in der Sitzung vom 10. Juli 1901, an welcher teilgenommen haben: Fritze, Amtsrichter, als Vorsitzender; Hintze, Götz, als Schöffen; Weise, Diätar, als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 25 M., im Nichtbeitreibungsfalle zu einer Gefängnisstrafe von 5 Tagen kostenpflichtig verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil dieses Urteils innerhalb 4 Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils im „Vorwärts“ auf Kosten des Angeklagten bekannt machen zu lassen.

Marktpreise von Berlin am 3. August 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	10,—	6,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
Roggen, gut	„	—,—	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,60	1,10
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,10
*Gerste, gut	„	16,—	15,—	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,90	13,90	Eier	60 Stück	4,—	2,40
„ gering	„	13,80	12,80	Karpfen	1 kg	2,—	—
*Hafer, gut	„	16,50	15,70	Aale	„	3,—	1,50
„ mittel	„	15,60	14,80	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,70	14,—	Hechte	„	2,40	1,—
Richtstroh	„	7,32	6,66	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,60	5,60	Schleie	„	2,40	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,20	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	15,—	2,50
Linsen	„	65,—	30,—				

*) Frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 5. August. Die Tendenz des heutigen Getreidemarkts war eine schwankende. Am Frühmarkte lagen Weizen und Roggen fester. Aus Oestreich kamen unveränderte Preise, aus Amerika aber höhere, deren Wirkung mehr bei Weizen als bei Roggen zur Geltung kam. Im Mittagsverkehre trat zunächst eine kleine Abschwächung zu Tage, späterhin aber erholten sich die Preise wieder, so daß Weizen ¾ bis 1 Mark über vorgestern, Roggen wie am Sonnabend notierte. In letzterer Brotfrucht lagen südrussische Angebote, freilich nicht rentable, vor. In Weizen stimulierte das wahrscheinliche, der Ernte nicht förderliche Regenwetter. Das Geschäft in beiden Brotfrüchten war sehr klein. Mehl lag still; nach Sachsen und Bayern zeigte sich einiger Bedarf. Hafer und Mais waren fest. Rüböl unverändert. Spiritus ohne Notiz.

Witterungsübersicht vom 5. August 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° = 0° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° = 0° R.
Swinemünde	760	WSW	2	bedeckt	20	Haparanda	750	OSO	6	bedeckt	16
Hamburg	761	WSW	3	bedeckt	17	Petersburg	760	SW	1	bedeckt	16
Berlin	761	SSW	2	heiter	20	Cork	768	NW	3	bedeckt	15
Frankf./M.	762	S	1	hlb. bed.	17	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	SW	2	wolkenl.	17	Paris	765	N	1	bedeckt	16
Wien	762	NW	2	wolkenl.	19						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 6. August 1901.

Ein wenig kühler, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

D., Moritzstr. 5. Sie müssen eine sehr sonderbare Auffassung vom „Vorwärts“ haben, wenn Sie glauben, daß er Ihre Denunziantenstreiche noch unterstützt. — **Roth.** Sie sind im Irrtum. Allgemein gültige Vorschriften für ganz Preußen sind nicht vorhanden.

B. Sch. 25. Die Kasse konnte nochmalige Meldung nach Ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus verlangen. — **A. Cordes.** 1. Die Kündigung hat keine Rechtswirkung, Ihr Vertrag läuft bis zum 1. April 1902

weiter. Teilen Sie das dem Hauswirt mit. 2. Hausreiniger und Portiers unterliegen nach der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts der Invalidenversicherung, sofern sie gegen Entgelt — hierzu gehört auch freie Wohnung, wenn sie das persönliche Bedürfnis des Angestellten übersteigt — beschäftigt werden. Ihre Frau soll sich mit dem Antrag, das Nachkleben herbeizuführen, an die Landesversicherungsanstalt, Breitestr. 24, wenden. — **Zwei Wettende.** Grammatikalisch richtig heißt es: was geht mich das an. — **E. P. 12.** Das ist durchaus möglich, es heißt weiter nichts als: in den nächsten 2 Jahren soll der Mann nicht zur Uebung herangezogen werden. Das ist doch kein Nachteil. — **Schilling.** Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt. — **M. R. 84.** Der Pfandleiher darf sich an Zinsen nicht mehr ausbedingen oder zahlen lassen, als 2 Pf. für jeden Monat und jede Mark von Darlehnsbeträgen bis zu 30 M., und 1 Pf. für jeden Monat und jede den Betrag von 30 M. übersteigende Mark. Es darf jedoch der Pfandleiher ausbedingen, daß Zinsen mindestens für 2 Monate gezahlt werden müssen. — **R. K., Pankow.** Die Versicherungsanstalt hat recht ob der Aufgenommene ein Deutscher oder ob er ein Ausländer ist, ist gleichgültig. Die Aufnahme in die Heilanstalt tritt an Stelle der Invalidenrente.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 6. August.

Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Im Trianon-Theater: „Lebende Lieder". Anfang 8 Uhr. Im Garten: Täglich großes Konzert.
Schiller. (Morwitz-Oper.) Martha oder: Der Markt zu Richmond. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die dritte Escadron. Anfang 8 Uhr.
Berliner. Die Hugenotten. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Das blaue Kabinett. Anfang 8 Uhr.
Neues. Gastspiel des Metzthaler-Ensembles. Die goldene Brücke. Anfang 8 Uhr.
Westen. „Theater Charivari" (Secessions-Brettl). Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiß. Der liebe Onkel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zigeunerbaron. Anfang 8 Uhr. Im Park: Großes Doppelkonzert und Specialitäten.
Belle-Alliance. Fritz Reuter. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Lustiges Brettl". Anfang 6 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde". **Invalidenstraße 57/62.** Täglich abends von 6—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Morwitz-Oper.

Dienstagabend 7½ Uhr: 105. Gastspiel Heinrich Bötel. Martha,
oder: Der Markt zu Richmond.
Romantische Oper in 4 Akt. von Flotow.

Mittwochabend 7½ Uhr: Populäre Vorstellung bei halben und ermäßigten Preisen: **Figaros Hochzeit.**

Donnerstagabend 7½ Uhr: 106. Gastspiel Heinrich Bötel. Der Postillon von Lonjumeau.

Freitagabend 7½ Uhr: Maurer und Schlosser.

Carl Weiss-Theater
Große Frankfurterstr. 132.

Der liebe Onkel.
Schwank in 4 Akten von R. Kneisel.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung: **Talolo.** (Samoanisches Liebeswerben.)
Im Garten: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Anfang 5½ Uhr.

Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr.
Zum **717.** Mal:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Metropol-Theater.
W., Behrenstrasse 55—57.
Wiederaufführung von
Man lebt ja nur einmal!
Henry Bender — Georg Kaiser
Frid Frid — Fritzi Georgette
Vorher:
August-Specialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der „Clou" der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Zoologischer Garten
Täglich nachmittags 5 Uhr:
Grosses Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark.
Von abends **6** Uhr ab **50** Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater
Vollständig neues
Specialitäten-Programm!
10 Debüts
Frau Luna
mit dem berühmten
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.

Sanssouci

Im Garten:
Täglich:
— **Hoffmanns** —
Nordd. Sänger
und **Konzert.**
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.**
Wochentags Vereinsbillets gültig. **Tanz frei.**

Schweizergarten
Am Königsthor. Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

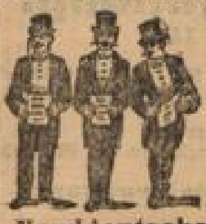
Puhlmanns Vaudeville-Theater
Schönhauser-Allee 148.
Täglich: **Große Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Nur Kräfte ersten Ranges.
Großer Lacherfolg! **Wir** Großer Lacherfolg!
brauchen keine Männer mehr.
Große Ausstattungsposse in 2 Akten von Elefeld.
Anfang: Wochentags **5** Uhr. Sonntags **4** Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag und Sonnabend:

Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [1*
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz.
Auftreten der Excentric-Chansonnette **Hedwig Döring,** des Grotesque-Komikers **Paul Coradini,** der **Freres Douseck,** Gigerl-Akrobaten. **The Karleys,** Musikalische Komödianten. **Mr. Bartlings** lebende Photographien. **Konzert und Ball.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Reichshallen.
Heute sowie von nun an wieder täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Gossmann' Konzertgarten
Kreuzbergstr. 48, an der Katzbachstraße.

Jeden Sonntag **Frei-Konzert und Ball.** Montag und Donnerstag: **Hamburger Sänger.** Jeden Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Entree 20 Pf.
Vorzugskarten 10 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Nachher: **Kränzchen.**

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Die schöne Galathee.
Operette in 1 Akt von P. Henrion. Musik von Franz von Suppé.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

G. Brochnows Gesellschaftshaus,
[1827*] Weberstraße 17.

Im herrlichen Konzertgarten jeden **Dienstag und Freitag: Steinmetz Sänger.**
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
...ions gültig. Anf. 8 Uhr.
...tag: **BALL.**
Einige Sonnabende noch zu vergeben.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Brauerei K. Gregory,
Badstr. 57 u. Hochstr. 21—24,
Oekonom H. Vogel.
Empfehle meine **hocheleganten Säle,** 800 Personen fassend, für Vereinsfestlichkeiten. 18402*
Im Garten: Gr. Freikonzert.

Herren-Anzüge,
Paletots n. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert **J. Kurzberg,** Landsbergerstr. 13 pt. Teilzahlung gestattet.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: [16492*
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand ꝛc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Fordern Sie in den Cigarrenhandlungen däutischen
Anker-Kautabak,
vorzüglicher Geschmack.
Ganz neu, in 5 und 10 Pf.-Schleifen. 19772*
Generalvertrieb: **Carl Röcker,** Berlin, Grüner Weg 8. Amt 7, 3361.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130, Spr. 9—7

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Genossen die traurige Mitteilung, daß unsre liebe Tochter
Charlotte Hackelbusch
im 9. Lebensjahre nach längerem, schwerem Leiden am 4. August, früh 7 Uhr, gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofs statt.
Die trauernden Eltern.
Rich. Hackelbusch nebst Frau, Cuvrystr 16. [21032

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsre geliebte Tochter und Schwester
Lieschen Peters
im 20. Lebensjahre nach langem Leiden am 3. August sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am 6. August, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle der Gethsemane-Kirche statt. [21042
Die trauernden Eltern u. Geschwister.
F. Peters, Stargarderstr. 79.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
(Eingeschriebene Hilfskasse.)
Filiale Moabit-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
August Schlitzkus
im Alter von 38 Jahren nach kurzem schweren Leiden am 3. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag um 5 Uhr vom Krankenhaus Moabit nach dem Kirchhof der Heilands-Gemeinde in Plötzensee statt.
253/8 **Die Ortsverwaltung.**

Für die liebevolle Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unsrer Tochter **Anna** und namentlich der Frau Mühlisch für ihre aufopfernde Liebe während der Krankheit und am Sterbebette sagen wir unsern aufrichtigen Dank **Familie J. Otto.**
2706b Frankfurter Allee 128.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsre liebe Mutter, Groß- u. Schwiegermutter, die Cigarrenfabrikantin
Sophie Güthling,
am Sonntag, den 4. August, nach schwerer Krankheit im 62. Jahre sanft entschlafen ist. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an [2798b
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle am Krugsteg aus statt.

Todes-Anzeige.
Nach schwerem, qualvollem Krankenlager verschied am 4. d. Mts. unser guter unvergeßlicher Sohn
Carl
im vierten Lebensjahre. [21026
Um stilles Beileid bittet
Familie Daschütt, Seydelstr. 13.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 1 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Luisenkirchhofs in Britz aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Fritz Pickenhagen
am 2. August an der Proletarierkrankheit verstorben ist. 107/3
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler ꝛc.
Ortsverwaltung Berlin C.
Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr, in **Habels Brauerei,** Bergmannstraße 5—7:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Aus Anlaß der Feier des 25jährigen Bestehens werden Sonnabend, den 10. August, keine Beiträge kassiert, sondern Montag den 12., abends von 7½—9 Uhr.
182/14 **Die Ortsverwaltung.**

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Elektra.
Neuer Abendkursus
für Elektrotechnik und Montage ab **15. August.** Keine Vorkenntnisse. Anmeldungen schleunigst
S. Neander-Strasse 4.
Prospekt gratis.

W. Noacks Festsäle
Brunnen-Strasse No. 16.
Im **September, Oktober** und **November** sind noch **Sonnabende** an Vereine zu vergeben. [19792*

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei
(E. G. m. b. H.)
Sonnabend, 17. August, im Lokale des Genossen **R. Jung, Graunstr. 41:**
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über die gestellten Anträge. 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.
2789b **Karl Höpfner. Karl Metzold.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr:
Ordentliche Mitglieder-Versammlung
in den „Borussia-Sälen", Ackerstraße 6/7.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den dritten Punkt der Tages-Ordnung der letzten General-Versammlung. 2. Revisionsbericht. 3. Stellungnahme zum 5. Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands, event. Wahl von Delegierten zu derselben. 4. Abrechnung vom 19. Stiftungsfest. 5. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
Kollegen! Die wichtige Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
130/1 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Sängerbund
Berlins und Umgegend. 16/15
Montag, den 12. August, abends 8½ Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:
Uebungsstunde des Sonder-Chors.
Zu dieser Uebungsstunde hat **jeder** Verein einen **1.** und **2. Tenor** zu stellen, ferner müssen die Vereine das Notenmaterial der beiden Lieder **„Tendenzlied"** und **„Bet' und arbeit'"** am Montagabend abliefern.
Bundesmitgliedskarte legitimiert. **Der Vorstand.**

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (graue zum Reißen), **Schlachtfedern,** wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, füllfertiger Gänserupf M. 2,00, bessere daunige Waare M. 2,50, 3,00, beste schneeweiße M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weiße böhm. Daunen M. 5,00, gerissene **Federn** M. 1,50, 2,00, 2,50. **Prima gerissene** M. 3,00, 3,50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a. Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

5½ Pfund Brot 50 Pfg.
2 Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangelstraße 9, Krautstraße 19, Falkensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2.

Jede Taschenuhr reinigen od. Feder einf. **1,50 M.** unt. Gar. Goldene Damenuhren **15—100 M.** Getragene silberne Uhren 5,50 M. Teilzahlung gestattet.
G. Paetzel, 1. Geschäft: **Wallstraße 14,** nahe Spittelmarkt. 2. Geschäft: **Turmstraße 65.**

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie sämtl. **Artikel zur Krankenpflege.**
Eigene Werkstatt.
Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen Berlin C., [18632*
30. Linien-Straße 30.

Honig!
Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurückn.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, **Oldenburg.** [19182*

Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos
Teilzahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung. 19172*
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Kinderwagen-Bazar „Baby".

1. **Invalidenstr. 160,** an Brunnenstr.
2. **Oranienstr. 31,** an Adalbertstr.
3. **Belle-Alliancestr. 107,** am Blücherplatz.
4. **Gr. Frankfurterstr. 115,** an Andreasstr.
5. **Brunnenstr. 92,** an Rügenerstr.
6. **Reinickendorferstr. 2d-e, Wedding.**
7. **Beusselstr. 18,** an Thurmstr.
8. **Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.**

9, 12—75 Mk. **Sportwagen** von 4,50—6,00—68 Mk. **8, 15—100 Mk.**
Riesen-Auswahl. ✦ Theilzahlung gestattet. *
Bei grösseren Raten Cassapreise. Liefer. d. Post-Spar- u. Vorschussvereins.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im **Einzelverkauf** große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen!
Portieren! Steppdecken!
zu **sehr billigen Preisen** zum
Ausverkauf!!
Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die **Hälfte des Wertes.**
Man verlange Rabatt-Marken!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 7. August, abends 8¼ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheit. 3. Verschiedenes.

Osten und Nordosten: bei Mann, Strausbergerstr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Verbandsbuch mit Karte kein Eintritt.

Südosten: bei C. Behrend, Mantenffelstr. 95.
Tages-Ordnung: 107/12
1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Süden: bei Retzolk, Wasserthorstraße 68.
Die Kollegen aus folgenden Werkstätten sind zu dieser Versammlung eingeladen:
1. Hohmann, Alexandrinenstr. 9; 2. Appelt, Prinzessinnenstr. 28; 3. Stritzke, Köpnickerstr. 56; 4. Sperlig, Luisen-Ufer 4; 5. Prahl' Hollmannstr. 32; 6. Wetzel, Gitschinerstr. 65; 7. Pollei, Buckowerstr. 6.

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5—7.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.
Sämtliche Vertrauensleute sind verpflichtet, die Karten umzutauschen.

Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstraße 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Adresse des Obmanns ist: Robert Fendel, Gerichtsstr. 64.

Friedrichsberg: bei Lutterbüse, Friedrich Karlstr. 11.
Tages-Ordnung:
Bericht des Obmanns und Werkstattangelegenheiten.

Modell- u. Fabriktischler, sowie **Modelldrechsler** im Lokal von Dieke, Ackerstr. 123.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Musikinstrumenten-Arbeiter bei Nowack, Mantenffelstr. 9.
Jede Werkstatt muß unbedingt vertreten sein.

Drechsler.

Südosten u. Südwesten: Admiralstr. 18e, bei Köhring.
Tages-Ordnung: Neuwahl der Kommission.

Norden: Brunnenstr. 150 bei Neumann.

Osten und Nordosten: bei Matthes, Koppenstraße 41.
Tages-Ordnung:
Bericht der Obmänner. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.
Es ist Pflicht jeder Werkstatt, einen Vertreter zu senden.

Zur Beachtung! In diesen Versammlungen werden Zahlscheine zu einer am 16. August stattfindenden Arbeits-losenzählung ausgegeben.
Die Kollegen werden deshalb ersucht, aus jeder Werkstatt Vertrauensmänner zu entsenden.

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstrasse 75.
Saal für Festlichkeiten und Versammlungen. Mehrere Sonnabende sind noch im August, September und Oktober an Vereine zu vergeben.
16392* H. Brüder, Gastwirt.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmänner-Konferenz für Osten
bei Bartel, Gr. Frankfurterstr. 18.

Vertrauensmänner-Konferenz für Westen
bei Bartel, Bülowstr. 60.

Vertrauensmänner-Konferenz der chirurgischen Branche
bei Hummel, Sophienstr. 5, abends 8½ Uhr.

Mittwoch, 7. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Gr. Versammlung der Heizungsmonteure u. Helfer.

Tages-Ordnung:
Endgültige Beschlußfassung über den von der Kommission ausgearbeiteten Accordtarif.

Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr:

Versammlung für Moabit

in den „Arminius-Hallen", Bremerstr. 72/73.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Mehnert: „Das Wassergas". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwünscht. Gäste haben Zutritt.

Donnerstag, den 8. August, abends 7 Uhr:

Versammlung der Former und Giesserei-Arbeiter

im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik in der Union. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 12. August, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung.

bei Ballschmieder, Badstr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des 2. Bevollmächtigten, des Rendanten und zweier Revisoren. 3. Beschlußfassung über die beantragte Aenderung des Ortsstatuts.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhändigen.
117/0 Die Ortsverwaltung.

Schöneberg.

Mittwoch, den 7. August 1901, abends 8 Uhr:

Partei-Versammlung

in Obsts Festsälen, Meininger- u. Martin Lutherstr.-Ecke.
Tages-Ordnung:
1. Rückblick auf die Thätigkeit der Stadtverordneten-Versammlung. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Kreiskonferenz. 203/5
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist ein zahlreiches Erscheinen notwendig.
Der Einberufer.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 6. August, abends 8 Uhr,
Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ledebour über: Die Socialdemokratie im Kampfe gegen Scharfmacherei und Flaumacherei. 2. Diskussion. 3. Mitteilung des Vorstandes und Verschiedenes. [244/11
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Achtung! **Achtung!**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr,
in Ballschmieders Kastanienwäldchen, Badstr. 16:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Beratung über Neu-Organisation des Kreises.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
247/20] Der Vorstand.

Arbeiter-Vertreter-Verein.

Donnerstag, den 8. August 1901, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 53/0
1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand. J. A.: E. Warnst, Schriftführer.

Achtung, Dekateure!

Mittwoch, den 7. August, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

im Lokale des Herrn Feind, Weinstraße 11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Franz Kotzke. 2. Diskussion. 3. Regelung der Aussperrungen vom 1. Mai. 4. Bericht des Vertrauensmanns und Neuwahl desselben.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
197/11 Der Vertrauensmann.

Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Dienstag, den 6. August, abends 7½ Uhr:

Große öffentl. Versammlung

im Gewerkschaftshause (Saal IV), Engel-Ufer 15.
Tagesordnung: Stellungnahme zum neuen Lohntarif.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
34/3 Der Einberufer.

Klempner, Dachdecker!

Mittwoch, 7. August, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Gr. öffentliche Versammlung der Klempner u. Dachdecker.

Tagesordnung: 1. **Die Notwendigkeit der Schutzvorrichtung in unsren Berufen.**
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Hoch.** 2. Diskussion.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Berufskollegen, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.
117/10 Die Einberufer.

Behütet die kleinen Lieblinge!

Schutzengel wandeln nicht mehr auf Erden. Diese himmlischen, herrlichen Gestalten, die ihre schirmenden Flügel über des Kindes Wiege breiteten, existieren nur noch im Märchen und in der Sage, ebenso wie die guten Feen, die ihm ihre Segensspenden mit auf den Lebensweg gaben. An Stelle der schönen Phantasiegebilde ist die nüchterne Wirklichkeit getreten. Die Mutter muß selbst der Schutzengel oder die gute Fee sein, will sie ihren kleinen Liebling vor allem Ungemach bewahren. Das kann sie aber nur dann mit glücklichem Erfolge durchführen, wenn sie sich, neben ihrem guten Willen und ihrer Opferfreudigkeit, auch alle nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten aneignet, die für den Schutz und die Pflege eines Kindes unentbehrlich sind.

Es geschehen eben keine Wunder mehr in unseren Tagen. Ursache und Wirkung liegen klar und offen vor uns. Das Kind zu behüten vermag kein frommer Wunsch allein. Die Mutter darf nicht im Vertrauen auf des Himmels Beistand die Hände in den Schoß legen. Umsichtig muß sie alles beachten, was dem Kinde schaden oder nützen kann. Vorsichtig muß sie es behüten, wenn ihm, — zumal in der heißen Jahreszeit, — Gefahren drohen. Das Kind ist in diesem zarten Alter zumal gegen Störungen seiner Ernährung noch sehr empfindlich. Seine Widerstandsfähigkeit ist noch sehr gering und gar bald, bisweilen schon nach einem halben Tage, versagt seine Kraft. Darum ist es sicher richtiger, es gar nicht so weit kommen zu lassen, daß dem Kinde irgend eine Gefahr naht, sondern alles Schlimme, was ihm begegnen könnte, zu verhüten.

„Verhütung", — Prophylaxis — das ist das Zauberwort und das Geheimnis, welches, wie ein schützender Engelsflügel oder wie das freundliche Antlitz einer guten Fee, die bösen Geister der Krankheit, des Siechtums, des frühen Todes bannt und fern hält.

„Wie aber soll ich nun diese „Verhütung" ausführen? Was kann ich dazu thun? Werde ich im stande sein, dieser für die Erhaltung meines Lieblings so wichtigen Pflicht zu genügen? Diese und ähnliche Fragen bewegen das Herz der liebenden Mutter und sie möchte auf solche Fragen eine sachgemäße Antwort, eine zuverlässige Belehrung vernehmen.

Nun wohl! Versuchen wir es, mit wenigen Worten eine solche Auskunft zu geben. Die Mutter darf eben nicht vergessen, daß die meisten und ernstesten Störungen, die ihrem Liebling drohen, durch Fehler in der Ernährung verursacht werden. Teils ist es die Art der Darreichung, die unrichtig ausgeübt wird, teils sind es die Nährmittel an sich, die bisweilen dem Kinde nicht bekommen. Das nächstliegende, verbreitetste aller Kindernährmittel ist ja die Kuhmilch. Aber leider ist sie sowohl in den Städten, als auch auf dem Lande nicht immer unbedenklich. Wie die neueren Untersuchungen gelehrt haben, enthält sie oft Krankheitskeime, aus denen sich beim Kinde früher oder später Tuberkulose entwickeln kann. Und wie oft ist sie vom Stallschmutz verunreinigt; wie oft, wenn sie ins Haus kommt, schon in Säuerung begriffen! Deshalb sind auch alle Kindernährmittel, die des „Zusatzes" frischer Milch bedürfen, wie z. B. Kindermehle, immer ein Risiko.

Wie ganz anders liegen die Verhältnisse bei einem der ältesten und berühmtesten Kindernährmittel, dem sogenannten „Nestlé-Kindermehl"! Dieses, ein Milch-Zwieback-Pulver von höchstem Wohlgeschmack und stets gleicher Beschaffenheit, hat als Grundsubstanz kondensierte süße Schweizermilch von jenen durch ihre Gesundheit bekannten Bergvieh-Rassen, welche den größten Teil des Jahres auf den herrlichen Alpenwiesen grasen. Und zu dieser unbedingt gesunden, fetten, keimfreien Milch ist nichts gefügt, als fein zermahlener Zwieback sowie bester Zucker. Ein Süppchen oder ein Brei von Nestlés Kindermehl bedarf keines Zusatzes von zweifelhafter Milch, „Wasser" genügt zur Zubereitung, da das Präparat ja schon die beste Milch, welche überhaupt existiert, enthält. Kein Wunder, daß bei dieser Kost, wenn die Mutter von ihr im ersten Jahre nicht abweicht, ihr Liebling nicht nur gedeiht, sondern auch zu jeder Jahreszeit, selbst im Hochsommer gesund bleibt. Nach Jahresschluß wird sie sich selbst freudig eingestehen: „Das verdanke ich dem Nestlé-Mehl!"

Dr. A. Petersen.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Haupterpedition Beuthstr. 2 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Kinderwagen, Sportwagen, Mietenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8576

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. Teichmann. 27526*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †35*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/10 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Portierkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 116/6*

Steglitz, Schloßstraße 90. Mache auf mein reichhaltiges Lager von Cigarren, Cigaretten sowie Rauch-, Kau- und Schnupftabak aufmerksam. Heinrich Kruse. †108†

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, spottbillig, auch einzeln, Gartenstraße 148, I links. †135*

Restauration verkauft krankheitshalber Rigaerstraße 1, Seifenladen. *

Fahrrad, wie neu, 50,00, Naunynstraße 38, Barbierladen. †4*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †35*

Sicheres Auskommen. Restaurant, Saal, zwei Vereinszimmer, zwei verdeckte Kegelbahnen, Vor- und Hintergarten, Miete 3000 Mark, ist wegen Anstellung des Inhabers in einer Genossenschaft, sofort preiswert zu verkaufen. Näheres: Destillation Abendroth, N., Badstraße 42—43. *

Vorkostgeschäft krankheitshalber verkäuflich Rixdorf, Reuterstraße 19/20.

Parzellen am Wald und freies Land jeder Größe verkauft billig Lücke, Auguststraße 1. 27855*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †35*

Lieferwagen, alle Sorten Räder, Paltfadenstraße 101. 27926

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. (Bitte Namen beachten!) 27935

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Wache 1,00 Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82.

Mein Restaurant, Festsäle und Garten, Winter- und Sommertheater, 4 Vereinszimmer, 2 Kegelbahnen, für 2000 Personen Unterkunft, nur gute Vereinsgeschäfte, will ich andrer Unternehmen halber verkaufen. Wernau, Gastwirt, Schwedterstraße 23/24. †52*

Elegantes Damenrad für 80,00 zu verkaufen Brückenstraße 6a, Restaurant. 181/10

Tamborier-Maschine für Kürschner verkauft Wiechmann, Pappel-Allee 99, vorn II. †52

Vermischte Anzeigen.

Französisch (billig) Breitestraße 5.

Englisch (billig) Breitestraße 5. *

Verpflichteter Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz.

Augustabad, Köpnickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 7368*

Vereinszimmer, Zahlstelle passend, Fernsprecher III 1785. J. V. Wilhelm Gaßmann, Badstraße 14.

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. 1811b

Vereinszimmer zu vergeben, auch passend für Zahlstelle. Rudolf Zurran, Naunynstraße 86. [2453b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puzger, Steglitzerstraße 65. 25706*

Empfehle mein Lokal für Arbeitsnachweis, zwei Vereinszimmer, Kegelbahn. Pinzer, Schützenstraße 18/19.

Elektrotechnik Abendkursus beginnt. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marens, Kleine Frankfurterstr 20. *

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Rechtsbureau, Teltowerstraße fünfundvierzig. Eingabengesuche, Ratserteilung. 7538*

Fahrrad, 50,00, kauft Matzlaff Zionskirchstraße 28. 7573*

Bücherankauf zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafenstraße 101. *

Zwei Vereinszimmer mit Piano zu vergeben. Spötter, Gerichtstraße 56.

Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratserteilung Andreasstraße dreiundsechzig.

Hebamme, mehrjährige Thätigkeit in einer Entbindungs-Anstalt. Frau Buchholz, Kleine Frankfurterstr. 22 I.

Vermietungen.

Schlafstellen.

Sehr eigner Herr kann wohnen mit Kost die Woche 12 Mark Stralitzerstraße 29 vorn 3 Treppen links. [†66

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Fünf Korbmachergesellen auf rund und eckig werden verlangt bei Adolf Poock, Buckow bei Berlin, Chausseestraße 38. 2735b*

Farbigmacher verlangt Wolff, Dieffenbachstraße 33. 27875

Tüchtige Kistenmacher verlangt Schulz, Alte Leipzigerstraße 2. [27906

Schlosserlehrling verlangt Carl Otto Nachfolger, Usedomstraße 31.

Stepperin verlangt Fiedler, Lausitzerstraße 3. †5*

Mamsells, bessere Jacketts, außerm Hause verlangt Fritz, Hussitenstraße 34. 2791b*

Kompletiererinnen für Holzphotographierahmen verlangt Wolff, Dieffenbachstraße 33. 27885

Mamsells auf bessere Jacketts, auch verschnürt, verlangt Fruchtstraße 52, II.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Tüchtiger **Kellermeister**
für **Pilsener Bier** wird gesucht. Offerten sub D. 1 an die Expedition d. Blattes. [2058L*

Tüchtige Kesselschmiede
für Werkstatt und größere Montage in **Spandau** stellt ein **H. Hempel, Seegefeld** a. d. Vorortbahn n. Nauen

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.